

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

**Luft und Licht dem armen Manne,  
Der, verhüllt in Rauch und Dampf,  
In des Brotherrn strengem Banne  
Kämpft des Daseins harten Kampf;  
Nach der Wochen Last und Plage  
Gönnt ihm seine Feiertage,  
Schafft ihm, weil es Menschenpflicht,  
Luft und Licht!**

(Karl Gerol.)

### Unser Glück.

Was Dich gut machen kann, das hast Du in Dir; Du darfst nur wollen. (Seneca.)

Es ist uns allen manches ver sagt im Leben hier auf Erden. Wie oft richtet unser Auge sich sehnsüchtig nach Genüssen und Ehrenstellen und sonstigen irdischen Gütern, die uns nicht zugänglich sind. Wie oft fühlen wir uns vor irgendeinem Zauberschloße irdischen Glückes von einem neidischen Schicksal ausgeschlossen. Wir träumen vielleicht auch von der seligen Stunde, da einmal, wie von einem verzauberten Prinzen die armselige Hülle von uns fällt, und wir plötzlich in aller Herrlichkeit und Pracht dastehen und über Nacht uns alles irdische Glück in den Schoß gefallen ist. Ach ja, der sehnsüchtigen Träume der Menschenkinder nach Erdenglück und Erdentand sind gar viele, und die Erfüllung liegt so weit, so weit.

Warum ist die Verne schweifen?

Sieh, das gute liegt so nah;  
Verne nur das Glück ergreifen,  
Denn das Glück ist immer da.

Nicht dort draußen ist unser Glück zu finden: wir selbst müssen es uns in unseren Herzen begründen. Da bedarf es keiner unerfüllbaren Träume, da ist nur eins nötig, das tatkräftige Wollen. Mit unserm Wollen steht und fällt unser Glück, das Glück, das in Wahrheit uns angehört und das in dem Bewußtsein eines rechtschaffenen Wandels besteht. Nur das Gute wollen, — und alle Sehnsucht ist erfüllt, und das Glück ist unser.

### Meine erste Hausagitation.

Ein Kollege, der sich bisher auch gern um's Mitmachen bei der Hausagitation „herumdrückte“, sendet uns das folgende ermutigende Stimmungsbild von seinem ersten Werbegange:

Am vergangenen Sonntag wurde in unserer Ortsverwaltung der erste Vorstoß unternommen um durch eine Hausagitation Breche zu legen in das Meer der Indifferenten und unsere Bewegung zu stärken. Mit großer Begeisterung bin ich gerade nicht an die Arbeit gegangen. Mir erging es so, wie vielleicht noch manchem anderen Kollegen: hörte ich etwas von Hausagitation, erhielt ich ein Zirkular, wo die Hausagitation erwähnt wurde, so überließ mich ein gewisses Gruseln. Zum Teil mag das darauf zurückzuführen sein, daß in unserer Gruppe — ohne Zweifel auch in manchen anderen — sehr viel von Hausagitation geredet, aber auch nur geredet wurde. Nach dem ersten Gange schon bin ich von meiner bisherigen Ansicht, die Hausagitation sei eine unangenehme und in ihrem Erfolge sehr zweifelhafte Sache, gründlich bekehrt; heute weiß ich, daß die Arbeit erstens gar nicht so gefährlich ist, wie man sie sich vorher vorstellt und zweitens, daß sie unserer Sache Erfolge bringt.

„Zu einer wichtigen Besprechung wirst Du hiermit eingeladen.“ So lautete kurz und bündig die Einladung zu einer „Vorstandssitzung.“ Punkt 11 Uhr trafen wir uns im Versammlungszimmer; 10 Mann waren erschienen. Wir gruppierten uns um den Vorstandstisch und erwarteten mit Spannung die Bekanntgabe der Tagesordnung. Die war indes sehr knapp. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen und teilte mit: „Einziger Punkt der Tagesordnung ist — die sofortige Inangriffnahme der Hausagitation.“ Einige Winke noch erhielten wir über die zu befolgende Taktik und schon erfolgte die Verteilung des fein säuberlich geordneten Adressenmaterials, der Flugblättchen und Aufnahmehelme. 20 Minuten nach Eröffnung der Sitzung sind bereits 10 Mann draußen, um bei strömendem Regen Breche zu schlagen in das Lager der Indifferenten. „Zufällig“ wollte ich wieder „mal keine Zeit“ haben, indes der Vorsitzende kannte diesen Ein-

wand schon. (Ob aus eigener Erfahrung?) Er ließ nicht locker, ich mußte mit.

Doch jetzt zur Sache selbst. Die neugewonnenen Kollegen wollen es mir nicht verübeln, wenn sie beim Lesen dieser Zeilen etwas Selbstmitgemachtes entdecken, wiedergegeben wird es an dieser Stelle nur im Interesse unserer Sache.

Den ersten Kollegen, den wir aufsuchen wollten, nennen wir ihn Nr. 1, trafen wir auf der Straße, jedenfalls ein ungeeigneter Ort. Doch mein Kollege Heinrich kennt ihn und weiß, daß der eigentlich zu uns gehört. Eine kurze Begrüßung und schon erfährt der Kollege, was wir wollen. Große Auseinandersetzungen gab es nicht, „kommt die Woche zu mir, den Aufnahmehelm erhaltet ihr dann ausgefüllt zurück.“ Der erste Erfolg!

Nr. 2 war ein alter Bekannter, altes Mitglied — gewesen, ausgetreten wegen Erhöhung der Beiträge. Der Kollege schien blass zu sein, daß sein alter Vertrauensmann, dem er doch „ain für alle Mole“ erklärt hatte, er träte nicht wieder bei, trotzdem wieder zu ihm kam. Doch böse war er nicht. Die alte westfälische Gastfreundschaft konnte er auch uns gegenüber nicht verleugnen: „Drinkt int es en Wachhölckeren, dann könnt mi seggen, wat ji weilt.“ Und nun ging es los. Beschlagen war der Kollege, das muß ich zugeben, obgleich ich mich rühmen darf, auch mein Wörtchen machen zu können. Doch merkten wir bald heraus, innerlich war der Kollege noch genau so echt wie früher. Es schien, als ob er selbst erbot sei, daß er seiner Zeit in Aufregung darüber ausgetreten war, daß er ganze 10 Pfg. pro Woche mehr bezahlen sollte. Wir sprachen uns jetzt einmal darüber aus, warum denn die Beitragserhöhung notwendig war und daß sie einzig und allein in unserer eigenen Interesse vorgenommen wurde. Darauf erklärte denn der Kollege: „Glück, id trü wier bie.“ Doch die Rechnung war noch nicht fertig. „Und ed betahlt die Groschens nicht!“ so tönte es plötzlich an unser Ohr. Die Frau des Kollegen wollte nämlich auch gehört sein. Mit gutem Recht. Kein Kollege braucht bange sein, als „Bantoffelheld“ gehalten zu werden, wenn er seine Frau darüber informiert, warum der Verband notwendig ist. Als wir eine halbe Stunde mit der Frau diskutiert hatten, mußte ich innerlich gestehen: „hat die aber Haar auf.“ — Trotzdem aber wünschte ich, daß die verheirateten Kollegen alle das Glück hätten, eine solche Frau zu besitzen, wie dieser Kollege. Denn die hatte Interesse für den Verband, mehr wie so mancher „M... held“, der aus dummegeistlichen Gründen dem Verbands fernbleibt. Das Ergebnis unserer Diskussion war, daß auch die Frau erklärte: „na es gud, goh mä wier drin.“ Der alte Mitstreiter war wiedergewonnen. Nun weiter.

Wir kamen zu Nr. 3. Ueberzeugt war der Kollege schon lange. Aber es fehlte diesem Kollegen an Kampfesmut. „Wie gut hat es der Unorganisierte, er braucht keine Meinung zu vertreten und hält sich mit diesem und mit jenem gut“ — von dieser Auffassung schien der Kollege besetzt zu sein. Zum Kämpfen fehlt ihm der Mut! Bei wie vielen Arbeitskollegen müssen wir dies leider noch beklagen. Trotz und alledem glaube ich, beim nächsten Rundgang wird der Kollege Wort halten und dem Verband beitreten.

Leichtere Arbeit hatten wir bei Nr. 4 und Nr. 5, zwei jungen, lebensfrohen Kollegen. Erst Einwände von wegen „kein Zweck“, „will mir's überlegen“ und ähnliche. Als wir ihnen schließlich die Hand drückten, sie als Kollegen begrüßten, nahmen wir auch ihre Unterschrift mit; beide waren nun organisiert. — Noch sind zwei Mann zu besuchen, da draußen peitscht der Regen nach allen Regeln, ein wahres „Sawetter“, wie mein Freund Heinrich meint.

Doch da stehen wir schon vor der Behausung des aufsuchenden Kollegen Nr. 6. Es handelt sich um einen jüngeren Kollegen, dessen alter, ergrauter Vater ohne weiteres für den Anschluß des Sohnes an den christlichen Metallarbeiterverband war. Doch der Sohn will erst prüfen. Mit Ruhe studiert er zunächst das überreichte Flugblatt, noch einige Bemerkungen, dann nimmt er den Aufnahmehelm und erklärt seinen Beitritt.

Der letzte Gang zu Nr. 7. Wieder ein „alter Kollege“, der „schon mal dabei“ war. Er ist verwundert, daß auch er noch einmal vom Verband besucht wird. Mit nicht allzugroßer Mühe hatten wir auch diesen Kollegen bald wieder neu begeistert, „na, ed weilt wier betahlen, wiver ers weel es hören, wat de Mutter sitt.“ — Die Mutter war schon einverstanden — der letzte aufsuchte Kollege war gewonnen!

Von im ganzen sieben aufgesuchten Kollegen hatten wir also schon fünf direkt gewonnen. Gewiß ein schöner Erfolg! Als wir durchkäst, mit knurrendem Ma-

gen gegen 3 Uhr wieder bei Müttern anlangten, war zwar das Mittagessen „verbrüht“. Und doch, nach 24-stündiger Schicht hätte ich keinen besseren Appetit haben können, wie am ersten Tage meiner Hausagitation, wo durch meine Mitarbeit fünf neue Mitstreiter für die Ortsverwaltung, für den Verband gewonnen waren. Da war ich wirklich stolz darauf, christlich organisierter Metallarbeiter zu sein. Das war ein schöner, interessanter Tag, viel schöner wie die sonstigen Sonntage, wo man sich morgens von 11—1 Uhr hinter'n Viertisch setzt. Selbstverständlich stehe ich bei der Hausagitation am nächsten Sonntag wieder zur Verfügung, eingedenk der Worte:

Maßlos mußt du vorwärts streben,  
Nie ermüdet stille steh'n,  
Willst du die Vollendung seh'n!

Wenn meine hier geschilderten Erfahrungen mich dazu beitragen werden, die „Drückberger“, jene „alten Sünder“, zu denen ich sonst auch gehört habe, zu bewegen, nun auch die Hausagitation mitzumachen, an ihrer Durchführung ernsthaft mitzuwirken, so wäre das gewiß ein erfreulicher Erfolg. Tausende Indifferenten würden dann Woche für Woche für unseren Verband gewonnen werden können. Darum Kollegen, allerorts an die Arbeit! Stärkt die Reihen der christlichen Metallarbeiter!

X. aus S.—n.

### „Wertsgemeinschaft“ oder Gewerbesolidarität?

(Schluß.)

Die Herren Volkswirtschaftler der neuen Schule sagen ferner, wenn die Lohnerhöhungen nicht auf die angeordnete Weise eingebracht würden, dann wären sie nur noch möglich, wenn das Kapital selbst die erhöhten Löhne zahlt, und das wäre ein volkswirtschaftliches Unglück, denn wir bedürften der Kapitalisierung, der erhöhten Kapitalisierung, denn dadurch komme unsere Volkswirtschaft vorwärts, daß sie reich an Kapital sei. Das letztere ist durchaus richtig, aber es ist deshalb nicht gesagt, daß wir heutzutage dank der Gewerkschaftspolitik zu wenig Kapitalisierung haben. Es ist auch nicht gesagt, daß die Kapitalisierung unbedingt so hoch sein muß, wie sie heute ist. Man kann vielmehr heute befürchten, daß die Kapitalisierung zu stark ist, auf Kosten der gemeinschaftlichen Volksinteressen.

Wenn die Krupp'schen Werke 1908 15 Millionen Reingewinn, 1909/10 20 Millionen und 1910/11 28 Millionen Reingewinn gebracht haben, so glaube ich kaum, daß die Arbeiterlöhne etwa im gleichen Verhältnis gestiegen sind. Redner gibt dann aus dem Handelsblatt des „Berliner Tageblattes“ zur weiteren Illustration eine Uebersicht über die Wertsteigerung von Kugeln, auf die in den letzten 10 Jahren keinerlei Zusage geleistet werden mußte. Wir erwähnen folgende Kugeln:

	1892	1902	1912
	M.	M.	M.
Enald	6 225	18 500	47 500
Friedrich der Große	3 900	7 000	29 000
Graf Bismarck	11 500	41 000	63 500
Graf Schwerin	2 900	5 200	13 400
Johann Deimelberg	950	2 900	7 000
Königin Elisabeth	4 900	13 500	26 000
Langenbrakm	5 300	8 375	20 400
Lothringen	2 750	9 800	28 700
Unser Fritz	7 300	13 100	22 500

Greifen wir eine große Aktiengesellschaft heraus, und zwar eine solche, in der eine ganze Menge der verschiedensten Bechen fusioniert sind, und die im ganzen mindestens 26 000 Bergleute beschäftigt; die Harpener Bergbau-A.-G. Nach dem Handelsbericht der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 207 vom 30. Oktober 1912) erzielte diese Gesellschaft in den letzten fünf Vierteljahre folgende Ueberschüsse:

3. Quartal 1911	3 752 000 M.
4. Quartal 1911	3 451 000 M.
1. Quartal 1912	3 966 000 M.
2. Quartal 1912	6 262 500 M.
3. Quartal 1912	6 373 000 M.

Der Bericht bemerkt zum Schluß, das ist „der höchste der bisher von der Gesellschaft erzielten Ueberschüsse“. Es ist interessant zu sehen, welche riesige Steigerung die Ueberschüsse erfahren nach der letzten Kohlenpreiserhöhung im Frühjahr dieses Jahres. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man ein gut Teil dieser riesigen Steigerung nicht bloß auf die Konjunktur im Gefolge des englischen Bergarbeiterstreiks, sondern auch auf die Preissteigerung der Kohle zurückführt. W. S.! Das dürfte genügen zum Beweise dafür, daß tatsächlich die Kapitalisierung unter der Gewerkschaftspolitik noch nicht gelitten hat. Es beweist auch ein anderes, nämlich den Umstand und die Tatsache, daß die Löhne nicht von selbst einfach aus Interesse des Wertes gleichen Schritt halten mit der Steigerung der Gewinne. Das mögen sich die Herren von der gelben Seite recht nachdrücklich aus diesen Zahlen gesagt sein lassen.

Endlich hat man sich zu der Bemerkung aufgeschwungen und gesagt, ja, diese Gewinne der Unternehmer würden auch besser verwendet, als die Löhne der Arbeiter, nämlich der Arbeiter verzehrt alles. (Schallende Heiterkeit.) Die Unternehmer dagegen stecken die Gewinne wieder in die Produktion

hinein, und dadurch lieferten sie dem Arbeiter wieder neue Arbeitsmöglichkeiten. So soll dieser Unterschied durchaus gesund und zu rechtfertigen, während der Güterverkehr volkswirtschaftlich ungünstig sei. Die Steigerung der Produktion, das sei das einzige volkswirtschaftlich Richtige.

Diese Gedanken wurden ausgesprochen in einer Diskussion zwischen einem Professor der Nationalökonomie und Arbeitervertretern. Demgegenüber fragen wir: sind wir denn einfach nur dazu da, um zu produzieren? Ist die Produktion Selbstzweck? Nach unserer Auffassung ist der Zweck der Produktion die Erhöhung der Lebensmöglichkeit und Lebenshaltung. Wo will man denn mit der erhöhten Produktion bleiben, wenn die Massen nicht mehr verzehren? Der Verleger freut sich doch wieder in Kapitalisierung um. Der selbe Herr Professor hat sich einmal beklagt, über den wissenschaftlichen Dilettantismus in der Arbeiterbewegung. Auch unter den Vertretern der Wissenschaft zeigt sich ein Dilettantismus, und zwar hinsichtlich der Praxis der Bewegung. Die Gelben haben nur ein famoses Rezept gegen die angeführten Tatsachen, sie sagen: gewiß, der Arbeiter soll konsumfähig werden, das Einkommen steigen; einmal dadurch, daß die Werte selbst daran interessiert sind, dann sagen sie aber, wie es in den Werkvereinsblättern heißt: Durch Sparbarkeit zu Eigentum und Unabhängigkeit. Wir sind die Gegner, die nicht die Sparbarkeit gefördert wissen wollen. Aber wenn man das so einseitig hinstellt, wie es durch die Gelben geschieht, dann ist das nichts anderes, als ein Rückfall zu die alten ungeschicklichen Theorien, in die Zeit, da der wirtschaftliche Liberalismus allein das Heil in der Hand hatte und da solche Rezepte geschaffen wurden. Dieser alte Liberalismus hatte nichts anderes für die Arbeiter, als Bildungs- und Sparvereine. Wir haben ja gesehen, wie weit man damit gekommen ist, welche Verelendung die Folge war, die der Sozialdemokratie das Material zu ihren Theorien geliefert hat.

Wie steht es überhaupt mit dem Gedanken der Werksgemeinschaft im allgemeinen?

Man sagt, der Werksgemeinschaftsgedanke ist auch deshalb falsch, weil die Werksgemeinschaften in ihren Blättern und Versammlungen von nichts anderem als vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit reden. Das ist eine Verleumdung der Tatsachen. In der Werksgemeinschaftsbewegung selbst, wenigstens in unserem Lager, ist stets und mit aller Deutlichkeit hervorgehoben worden, daß wir nicht nur Wegensätze zum Kapital kennen. Das kann in den Publikationen der christlichen Werksgemeinschaftsbewegung jeder nachlesen. Neben der Interessensolidarität besteht aber auch ein Stück Gegensatz und dieses Stück Gegensatz kommt in der Werksgemeinschaftsbewegung zur Geltung. Die Herren machen einen großen Fehler. Sie weisen immer auf die Werksgemeinschaftsbewegung allein hin. In der gesamten Arbeiterbewegung gibt es aber auch noch andere Blätter, die die Dinge vom Standpunkte der Wirtschaftspolitik, der Weltanschauung usw. beleuchten, und die betonen noch mehr als die Werksgemeinschaftspresse selbst das Gemeinsame zwischen Arbeit und Kapital, die Solidarität im Gewerbe auf zollpolitischem und volkswirtschaftlichem Gebiet. In diesen nicht-gewerkschaftlichen Arbeiterblättern finden sich geradezu musterhafte programmatische Ausführungen über diese Dinge. Das ist der große Fehler, die Blindheit, mit der die Vertreter der gelben Idee in den Nichtarbeiterkreisen geschlagen sind: Sie verkümmern die Solidarität zwischen Unternehmer und Arbeiter zu schaffen, an der Stelle, wo sie notwendig und wünschenswert ist, an der Stelle der Interessenvertretung der Gesamtindustrie in unserer Wirtschaft, Staats- und Weltpolitik, bei der Handels- und Zollpolitik und gegenüber den anderen Kreisen in unserem Volkswirtschaftsleben. Da ist Interessensolidarität voll und ganz gegeben. Sie kommt aber nicht zur Geltung. Warum wird diese Solidarität, warum werden diese Kräfte nicht gewertet? Weil die Herren den Weg zur sozialen Solidarität nicht gehen wollen. Hier liegt der tiefste Kern des Übels. Würden die Herren sich sozial verständigen mit den Arbeiterorganisationen, dann würden sie die Solidarität der Industrie als eine Tatsache vor sich liegen haben.

Man spricht nun von der Solidarität der Interessen der Arbeiter und der Einzelwerke. Der Grundsatz ist glatterdings falsch. Gewiß, in einem Einzelfalle, wo es sich um ein technisch hochentwickeltes Werk handelt, da mag eine teilweise Solidarität zwischen dem Werk und dem Arbeiter gegeben sein; letzten Endes aber hat jeder Arbeiter ein Interesse an Freizügigkeit und Selbstständigkeit. Wir wollen doch nicht wieder zurückgehen auf die alten Zeiten und schwer erkämpfte Erwerbsmöglichkeiten preisgeben, und zu diesen Erwerbsmöglichkeiten gehört auch die persönliche Freiheit des Arbeiters. Wir haben doch nicht lauter gutgehende und technisch hochentwickelte Werke, sondern auch Werke, die nach der technischen wie der organisatorischen Seite rückständig sind. Soll sich die Arbeiter-

arbeit mit diesen solidarisch erklären? Hat nicht die Gesamtindustrie und Volkswirtschaft geradezu ein Interesse daran, daß die rückständigen Werke zu technischem und organisatorischem Fortschritt gebracht werden? Und haben wir nicht in einer ganzen Reihe von Tarifgemeinschaften es ausgesprochen, daß der Zweck der Tarifgemeinschaft nicht ist, das einzelne Werk zu heben, sondern das gesamte Gewerbe, und gegen die Schmutzkonkurrenz anzukämpfen? Wenn das der Zweck der Tarifgemeinschaften ist, dann ist die Werksgemeinschaft im Sinne der Gelben in vielen Fällen überhaupt nicht vorhanden. Sie ist rechtlich ebenso verwerflich, wie auch volkswirtschaftlich.

Nicht Werksgemeinschaft, sondern Gewerbe- und Volkswirtschaftssolidarität.

Die Werktheorie ist falsch, soweit sie sich gegen die Gewerkschaften richtet. Weiterhin: daß, was die Werktheorie an die Stelle der Gewerkschaftsbewegung setzt, die gelbe Bewegung ist falsch und gefährlich.

Insoweit wegen ihrer Unselbstständigkeit. Die gelbe Bewegung ist nur dadurch möglich, daß die Arbeitermassen auf eine selbständige Arbeitervertretung verzichten. Den gelben Werkvereinen ist wesentlich der Paragraph ihres Statuts, der eine selbständige Vertretung der Arbeiterinteressen ausschließt. Ob man mit einer solchen unselbständigen Bewegung jene Eingliederung der Arbeiterkraft in die Gesellschaft zu vollziehen vermag, die von den geistigen Arbeitern als notwendiges Ziel dargestellt wird, ist zu vernennen, denn mit einer solchen unselbständigen Arbeiterbewegung kann man nie und nimmer eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung überwinden. Wann hat das moderne Vürgerturn, dessen Vertreter heute der Arbeiterschaft ihre Selbstständigkeit absperechen möchten, sich durchgezogen? Das ist damals gewesen, als diese Männer ihre Industrie schufen, als sie wirtschaftlich emporkamen. Wann sind die alten Stände, das Handwerk, die Landwirtschaft, gesellschaftlich und politisch emporgestiegen? Als sie ihre wirtschaftlichen Organisationen hatten. Die wirtschaftliche Freiheit war die Basis, auf der sich diese Stände politisch entwickeln konnten. Wer hat Ihrer Arbeiterbewegung die Männer gegeben, die in Stadt und Staat Ihre Interessen vertreten? Das ist nur möglich gewesen dadurch, daß hinter diesen Männern eine wirtschaftliche Macht stand, die Ihr eigenes Wort war, bei der Sie nicht abhängig waren von anderen Klassen. Mit einer wirtschaftlich unselbständigen Bewegung kann man niemals eine politische, staatsbürgerliche Eingliederung der Arbeitermassen schaffen. Diese Unselbständigkeit der gelben Bewegung springt auf Schritt und Tritt in die Augen. Nicht nur, daß die Mitglieder gezwungen werden, in die Werkvereine einzutreten, auch die geistigen Eliten der Gelben zeigen diese Unselbständigkeit. Aus den Werkvereinsorganen sprechen nichts als die Interessen der Unternehmer.

Die gelbe Bewegung ist aber unwahr, und zwar 1. weil sie unter falscher Flagge segelt. Da wird immer die nationale Fahne heraufgehängt, und an der Spitze des Werkvereinsblättchens steht: „Uns Vaterland, ans teure, schließ dich an!“ „An die Werkbesitzer, die teuren, schließ dich an!“ mühte es helfen. (Sturm. Kritiker.) Man sagt, die gelbe Bewegung sei unpolitisch. Als wenn wir es nicht erlebt hätten, daß die gelben Werkvereinsmitglieder aufgefordert worden sind, einen bestimmten politischen Kandidaten zu wählen. Ich bin für meine Person der Auffassung, daß die gelbe Werkvereinsbewegung gerade aus politischen Gesichtspunkten heraus geschaffen worden ist. Man hat die Arbeiter verloren und sucht sie auf diese Weise zu gewinnen. Die Sache ist bedenklich, denn der Stimmentzettel ist geheim und verrät nicht, ob unter dem gelben Deckmantel doch rot gewählt worden ist.

Der Werkverein ist aber auch demoralisierend. Er erzieht keine Charaktere, sondern Schmarotzer. (Lebh. sehr richtig.) Wenn er das tut, wenn er innerlich so unwahr ist, und Schmarotzerkranz erzieht, dann bin ich der Überzeugung, daß wir auch vom religiösen Standpunkte aus unser Bedenken gegen eine solche Bewegung haben müssen. Man ist verärgert darüber gewesen, daß die konfessionellen Arbeitervereine gegen die Gelben Front gemacht haben. Einmal sind die Arbeitervereine nicht in erster Linie dazu da, speziell religiöse Vereine zu sein, dafür haben wir unsere Kirchen, die Kongregationen und so viele andere kirchliche Einrichtungen. Die Arbeitervereine sind soziale Standesvereine, die freilich ideale Aufgaben zu erfüllen haben, aber sie sind eben Standesvereine, und nur, wenn sie als soziale Standesvereine gewertet werden, dann haben sie ihre volle Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die Arbeitervereine ein Recht, sich gegen die gelbe Bewegung zu wehren. Auch die idealen religiösen Kämpfe können nicht durchgeföhrt werden, ohne ganze Charaktere, ohne selbständige Menschen. Wie viel frisches Blut hat gerade die Gewerkschaftsbewegung in die Arbeiterbewegung getragen. Das ist keine Frage, daß diese Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung eine Triebkraft auch des

religiösen Fortschrittes darstellt. Wo kommen wir hin mit der gelben Bewegung? Sehen wir uns die Berichte der einzelnen Versammlungen an; was ist der ganze Inhalt. Wie bei den alten Römern man panem et circenses (Brot und Zirkusspiele) als genügend für das Volk hielt, so lehrt auch genau dasselbe in der gelben Bewegung wieder. Die Versammlungen sind Unterhaltungs- und Vergnügungsveranstaltungen.

Die gelbe Bewegung ist aber auch praktisch undurchführbar. Was hat sie hinter sich? 70 000 Menschen, und wie sind sie hineingekommen? Wenn wir die wirklich Willigen zusammenzählen, dann kommen wir vielleicht auf 5000 bis 10 000 Mitglieder. Die anderen sind durch allerlei Leiden oder starken Druck in die Werkvereine hineingekommen. Mit einer solchen Bewegung glaubt man, praktisch die Einordnung der Arbeiter in die Gesellschaft fertigzubringen. Glaubt man denn, daß sich die selbständige und selbstbewusste Arbeiterschaft auf die Dauer die gelbe Bewegung wird bieten lassen? Entweder leidet die gelbe Bewegung von Sonderprivilegien, oder sie leidet überhaupt nicht lange mehr. Wenn sie von Sonderprivilegien auf Kosten der anderen Arbeiter lebt, und von Gewinnen, die durch die Gesamtheit der Arbeiter geschaffen worden sind, dann wird sich die selbstbewusste Arbeiterschaft diese Sonderprivilegien nicht gefallen lassen und es wird zweifellos zu erschütternden Kämpfen in der Industrie kommen.

Friede ernährt, Unfriede verzehrt. — Aber lauter Friede verkauft! (Lebhaftes sehr richtig.) Ein altes Sprichwort sagt sehr richtig: Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Deshalb braucht man keinen Klassenkampf im Sinne der Sozialdemokratie, den verwirren wir. Ohne, daß die Arbeiterbewegung sich selbständig durchringt, mit eigener Kraft Widerstände überwindet, ohne daß das, was sie schafft, etwas Selbstwertvolles, mit eigenen Opfern durchgeföhrt und daher Herzogsfache des Arbeiters ist, ohne daß die Arbeiterbewegung des Arbeiters eigene Sache geworden ist, wird niemals eine Überwindung der Sozialdemokratie möglich sein. Das sind Wahrheiten, philosophische Wahrheiten, die die Leiter und geistigen Führer der gelben Bewegung in jeder Pädagogik nachlesen können. Darum möge man nicht den eigenen Vorteil im Auge haben, sondern wirklich das Wohl der Gesamtheit. Dann wird man

keine gelbe, sondern eine selbständige Arbeiterbewegung wollen. Nicht einseitige Werksgemeinschaft auf jeden Fall, sondern Gewerkschaftssolidarität, wo sich organisierte Arbeiterschaft und organisierte Unternehmerschaft in gemeinsamem Interesse als wissende, denkende und selbständige Menschen die Hand reichen und einander verstehen. Das ist das große Ziel, nach dem Sie ringen, ein Ziel, das in einem Menschenalter nicht erreicht werden wird, da es viel zu groß und erhaben ist; aber ein Ziel, dessen Verwirklichung eine Epoche in der Weltgeschichte bedeutet. Sie bringen mit Ihrer Bewegung die Weltgeschichte ein gewaltiges Stück vorwärts. Halten Sie fest mit ganzer Kraft an der selbständigen Arbeiterbewegung, mag es noch so viele Kämpfe erfordern, Sie sind die Träger einer neuen Zeit.

Mit Gott in die neue Zeit hinein.  
Schaun fest zum Ziele beines Strebens,  
Ein jeder Tag ein neuer Stein  
In dem Gebäude deines Lebens.

Ein Wort an die Former und Gieberei-  
arbeiter.

Wieviel Ärger und Verdruß entsteht nicht für den Former wegen der Vergütung des Brackgusses. Da glaubt der Kollege nach mühevoller Arbeit, unter Anwendung aller Sorgfalt, mit Einsatz seines ganzen Könnens seine Arbeit vollendet und nach dem Gießen wird konstatiert: „das Stück ist Brack!“ Soweit nun grobe Fahrlässigkeit vorläge, wäre es zu verstehen, wenn die Bezahlung des Brackgusses verweigert würde. Der Former wird aber — abgesehen von seltenen Fällen — schon im eigenen Interesse alles tun, um eine exakte Arbeit zu liefern. Doch was ist nicht alles noch außer der Mühe und Sorgfalt des Formers notwendig, um einen guten Guss zu erzielen? Da bedarf es einer brauchbaren Formmasse (Chamotte, Modelland, Sehm u. dgl.), eines Kupfes, der hinsichtlich der Qualität wie des Grades verwendbar ist, es bedarf einer sorgfältigen Herstellung der Kerne, Abwarten des geeigneten Zeitpunktes um das Stück „Lozluftlos“ usw. Ist das Stück porös, nicht ausgegossen, zeigt es Schilpen, Risse — wer ist schuld daran? — Nur der Former! In der rigorosen Weise wird da verschiedentlich verfahren. Auf der Gießerei S. in W. war es früher üblich, auch den Guss als Brack

Vom Radium.

Von Dr. Heinrich Wieselthal.

1. Die Geschichte seiner Entdeckung.

Ausgangs des 18. Jahrhunderts war der Chemiker Heinrich Klaproth, der bei der Gründung der Berliner Universität 1809 als erster seines Faches eine Professur erhielt, und dessen Name in der Geschichte der Naturforschung einen guten Klang hat, mit der Untersuchung von Pechblende beschäftigt; er fand dabei ein neues metallisches Element, das er nach dem kurz vorher von dem berühmten Astronomen Herschel entdeckten Planeten Uranus: Uran nannte. Gewohnt untersucht und in reinem Zustande hergestellt wurde dieses metallische Element erst wesentlich später, indem fand es in der Hauptsache nur in seinen Salzen technische Verwendung. Das unweit Karlsbad gelegene Bergstädtchen Joachimsthal stellt bis auf den heutigen Tag Uranerzparade her, die als Färbemittel in der Glasfabrikation, in der Porzellan- und Emailmalerei, zum Verfarben der Negative in der Photographie usw. dienen. Nennenswertes ist es dem bekannten französischen Chemiker Moissan gelungen, reines Uran durch Reduktion seiner Sauerstoffverbindung im elektrischen Ofen zu erhalten. Besondere Bedeutung haben aber weder das Element noch seine Salze gewonnen.

Da entdeckte der Physiker Professor Röntgen im Jahre 1896 die X-Strahlen; die älteren Leser werden sich noch des Auffehens erinnern, das diese Entdeckung in der gesamten Kulturwelt hervorrief. Fast zu gleicher Zeit fand der französische Physiker Henry Becquerel, daß das Metall Uran ebenso Strahlen ausstrahlt, deren Wirkung den X-Strahlen

ähnlich sei. Welcher Art die Uranverbindungen sein mochten, immer schickten sie diese durch ihre Eigenschaften stark charakterisierten Strahlen aus, so daß man zu der Ueberzeugung kam, die Strahlen seien eine Eigentümlichkeit des Uranmetalls, ihre Ursache liege in den Uranatomen. Natürlich wurden auch andere Elemente auf diese Eigenschaften hin untersucht; Prof. G. E. Schmitt und, unabhängig von ihm, Frau Sklodowska-Curie fanden am Thorium die gleiche Strahlung. Das Thorium, etwa vor 100 Jahren entdeckt, hatte noch vor 3 Jahrzehnten keinerlei Bedeutung, bis der Wiener Chemiker Kuer von Welsbach fand, daß mit Hilfe der Oxide von Thorium und Cer der nicht leuchtenden Gasflamme eine intensive Lichtkraft verliehen würde, er schuf in dem Gasglühlicht eine Beleuchtung, die dem Kohlengas ermöglicht, mit der Elektrizität erfolgreich zu wetteifern. Die Glühkörper bestehen zu 99 Prozent aus Thoroxid und 1 Prozent Ceroxid, und zwar gewinnt man die Thoriumsalze aus dem vorwiegend in Brasilien gefundenen Monazitand.

Das Ehepaar Curie schuf für diese bestrochene Eigenschaft einen Namen, es nannte Körper, die solche Becquerelstrahlen ausstrahlen, radioactiv und die Fähigkeit, die sich mit ihnen befaßt, Radioaktivität. Die Curies haben auf diesem Gebiet so hervorragendes geleistet ihre Forschungsarbeiten waren so bahnbrechend, daß ein paar persönliche Notizen über das Ehepaar wohl am Platze sind. Pierre Curie ist 1859 als Sohn eines Arztes geboren und lernte im Laboratorium der Sorbonne die Studentin der Chemie Marie Sklodowska aus Warschau kennen, die er später heiratete. In gemeinsamer Arbeit mit seiner Frau machte er sich das Studium der Radioaktivität zur Lebensaufgabe. 1903 er-

hielt er von der Stockholmer Akademie zusammen mit Becquerel den Nobelpreis, darauf, daß auf jeden der beiden 50 000 Francs kamen, zugleich ging ihm ein anderer Preis in Höhe von 60 000 Francs zu, so daß die Fortsetzung seiner Untersuchungen gesichert war; 1905 ernannte ihn die Pariser Akademie zu ihrem Mitglied, aber schon 4 Jahre darauf starb der hervorragende Forscher, die Weiterführung seines Lebenswerkes seiner Frau überlassend.

Je höheren Gehalt ein Körper an Uran besitzt, desto stärkere Radioaktivität mußte er zeigen, so daß also das reine Uranmetall die intensivste Strahlung ausstrahlen haben mußte. Nun ergab sich seltsamerweise, daß das nicht immer der Fall war, daß z. B. eine leuchtende von Johanneisenerzstädt starker radioactiv war als reines Uran. Es mußte also noch ein anderer Stoff vorhanden sein, von dem die Strahlenwirkung ausging und nach sorgfältigsten Analysen kamen die Curies zu der Ueberzeugung, daß Barium und Wismut, zwei längst bekannte Elemente, die Ausstrahler seien. Aber auch das Ergebnis erwies sich als ein Trugschluß, denn Barium und Wismut waren nur aktiv, sobald sie von Uranmineralien oder Pechblende herflammen. Endlich im Jahre 1900 gelang dem Curie'schen Ehepaar die Lösung des Problems Sie konnten dem Chlorbarium eine andere Chlorverbindung isolieren, die sich als tatsächliche Ursache jener Strahlen ergab und die sie Radiumchlorid nannten. Vom Wismut sagten sie eine gleichfalls noch nicht bekannte, aktive Chlorverbindung ab, die sie nach der Heimat der Frau Curie Polonium nannten. Im gleichen Jahre entdeckte noch der Pariser Chemiker Debierne ein radioactives Element, dem er den Namen Actinium gab.

in Abzug zu bringen, der nach seiner Versendung vom Besteller wegen seiner Härte nicht angenommen wurde. Dabei hatten die Kollegen alles getan, um ein zu frühes Erkalten der Gegenstände zu vermeiden.

Wieder eine andere Firma brachte auch den Guß in Abzug, der beim „rummeln“ beschädigt wurde. Erfreulicherweise ist es im Laufe der letzten Jahre hier und dort schon besser geworden. Mir sind Betriebe bekannt, wo Wadguß — ausgenommen der, wo vorläufiges Verschulden klar zu Tage liegt — ohne weiteres vergütet wird; wieder andere zahlen einem gewissen Prozentsatz, in Streifsfällen entscheidet eine Kommission, die paritätisch zusammengesetzt ist.

Mit dem Ertrungenen dürfen wir uns aber nicht zufrieden geben. Die Firmen, bei denen eine Regelung erfolgt ist, weisen immer und immer wieder auf jene hin, wo die Verhältnisse in dieser Beziehung noch schlecht sind. Es ist daher notwendig, daß wir dahin streben, eine einheitliche Regelung für alle Betriebe durchzuführen, Lange genug haben die Former und Gießereiarbeiter das Unrecht leiden müssen, wodurch ihnen tausende Mark verloren gegangen sind.

Dann ein Wort bezüglich der Arbeitszeit. Wer die aufreibende Tätigkeit des Hülsen- und Walzwerkarbeiters auch den Formern unbedingt eine kürzere Arbeitszeit nottut. Ja, ich behaupte sogar, daß ein Teil der Former angestrengter tätig sein muß, wie unsere Kollegen in den Walzwerken. Trotzdem wehrt man sich mit Händen und Füßen gegen derartige Wünsche. „Jede Woch. 2 Chargen weniger, sind im Jahre rund 100 Chargen, oder 100 mal 15 000 Pg.; das würde den Ruin für mein Werk bedeuten, eine Verkürzung der Arbeitszeit ist daher nicht möglich.“ So antwortete unlängst noch ein Gießereibesitzer, als er um Verkürzung der Arbeitszeit gebeten wurde. Da ist auch vor allen Dingen „die Konkurrenz“ wenn die mitmachen würde, ist man nicht abgeneigt. So und ähnlich lauten die Einwände.

Wie froh wären nun aber auch sehr viele Kollegen, wenn nur die reguläre Arbeitszeit innegehalten würde! Anstatt Verkürzung der Arbeitszeit haben wir noch eine Verlängerung derselben. Da gibt es Betriebe, wo die Charge nicht eher flüssig d. h. brauchbar ist, bis wenige Minuten vor Schichtschluß. Wollen die Kollegen abgegossen haben, oder sich nicht der Gefahr der Bestrafung aussetzen, müssen sie länger arbeiten. Gewiß, insofern vorkommender Betriebsstörungen lassen sich diese Ueberstände nicht ganz vermeiden. Aber wer von den Kollegen hat nicht schon die Erfahrung gemacht, daß es Vorgesetzte gibt, die absichtlich dahin wirken, daß die Charge nicht früher gußfertig ist. Es muß m. E. unter allen Umständen verlangt werden, daß das Gießen innerhalb der Arbeitszeit erfolgt. Das Ziel muß sein: Verkürzung der Arbeitszeit, nicht Verlängerung.

Wenn nun die drei Hauptforderungen, bezüglich des Entlohnungssystems, der Wadgußfrage und der Arbeitszeitverkürzung erfüllt werden, so harren außerdem noch eine ganze Reihe anderer Wünsche ihrer Erfüllung: Ich nenne nur genügende Ventilation, die zum Entweichen der sich entwickelnden Gase und des Staubes notwendig ist. Im Sommer ist es wegen der Hitze meist nicht zum Aushalten. Ich erinnere mich immer noch, daß zu meiner Lehrzeit die Lehrlinge von den Formern einfach kommandiert wurden, während der Pausen die Fensterscheiben einzuwerfen, damit Luft geschaffen werde. Im Winter hingegen wissen die Kollegen nicht, wie sie ihren Körper soweit erwärmen sollen, um arbeitsfähig zu bleiben. Geschlossene Defen oder Dampfheizungen sind in vielen Betrieben noch böhmische Dörfer. Da stehen einige offene Kofsköfen und diese verbreiten eine derartig „wohlthuende“ Wärme und verpesten die Luft so, daß manche Kollegen lieber auf die ganze Heizung verzichten.

Dann der Mangel an Material. Da bedarf es häufig des Wittens und des Flehens um wenigstens Formkästen, Formsand, Draht, Klammern u. dergl. zu bekommen. Wie häufig kommt es da nicht vor, daß ein gegenseitiges „Verholzen“ die Frage entscheidet, wer Recht auf den Kasten hat oder nicht. Einzelne Gießereien kann man mit Ställen vergleichen. Eng sind die Formern aufeinander gepfercht. Kaum daß Platz bleibt um zwischen durch passieren zu können. Gewiß, wir haben heute Musterbetriebe aber auch noch „Bruchhuden“ in genügender Zahl. Es bedarf daher keiner weiteren Frage, soll es besser werden, dann müssen wir viel geschlossener und einheitlicher vorgehen; der Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband ist der erste Schritt dazu.

Wir haben leider nun auch Kollegen, die alle Schuld den ungelerten Kollegen aufladen wollen. Diese sollen diejenigen sein, welche die Mißstände verschulden. Daß eine derartige Behauptung unsinnig ist, bedarf keiner weiteren Darlegungen. Soll es besser werden, dann gilt es sich gegenseitig die Hand reichen. Keine Abschließung der Kollegen, sondern gemeinsames Arbeiten zum Wohle des ganzen Berufes.

Zum Schluß noch eine Bitte. Die Lage der Hülsenarbeiter in den Gießereien ist zum Teil noch unendlich traurig. Man scheint hier und dort zu der Auffassung gekommen zu sein, als ob diese Kollegen keinen Anspruch auf gesunde Zustände hätten. Es braucht nur auf die Formerbewegung in Berlin (1910) hingewiesen zu werden, wo der Deutsche Metallarbeiterverband sich nicht schämte, für die Hülsenarbeiter einer längeren Arbeitszeit zuzustimmen, wie sie den Formern gewährt wurde. Es werden hier und dort den Hülsenarbeitern Löhne gezahlt, die in keinem Verhältnis zu der Arbeit stehen, welche ein Hülsenarbeiter leisten muß. Wir als christlich organisierte Metallarbeiter sollten es uns zur Ehre anrechnen, auch für die Hülsenarbeiter gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Die Kämpfe in den letzten Jahren, welche teils von unserem Verband allein, teils aber auch unter seiner hervorragenden Mitwirkung für die Former und Gießereiarbeiter geführt wurden, zeigten uns, daß wir eine entschiedene Interessenvertretung in unserem christlichen Metallarbeiterverbande besitzen. Zu wünschen wäre es, daß gelegentlich mal eine Formerkonferenz von Seiten des christlichen Metallarbeiterverbandes einberufen würde, um die einzelnen Details zu besprechen und um eine einheitliche Stellungnahme zu erzielen. Notwendig ist aber zunächst, daß seitens der Kollegen alles getan wird, um die Indifferenzen aufzuräumen. Die mißlichen Verhältnisse konnten in der Hauptsache nur deshalb fast chronisch werden, weil bei vielen Berufsangehörigen so wenig Interesse für die Hebung des Standes vorhanden ist. Die gegenwärtige Zeit dürfte sehr geeignet sein, diese Kollegen aufzuräumen, sie dem christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen. Stehen die Kollegen in der früherer gewohnten Weise einträchtig zusammen, so dürfte es ein Leichtes sein, geregelte Verhältnisse im Formerberuf zu schaffen. Glück auf!

### Vollwirtschaftliche Rundschau.

Der Balkankrieg ist in ein entscheidendes Stadium getreten — die Diskussion über das, was folgen wird, beherrscht das Interesse nicht nur Deutschlands, sondern Europas — und wenn die Anzeichen nicht trügen, darf man mit Recht auf einen friedlichen Vergleich der internationalen Schwierigkeiten hoffen. Auf unser Wirtschaftsleben konnte der Krieg einen bestimmten Einfluß nicht ausüben, wenn auch einzelne Industrien durch die Auftrags- und Absatzgestaltung nicht unempfindlich getroffen wurden. Die in wirklich stärkerem Maße Leidtragende ist eigentlich nur die Spekulation an der Börse. Die Kurse sind im Oktober insgesamt beträchtlich zurückgegangen. Immerhin darf es als gute Zeichen für das Vertrauen, das man unserem Vaterlande entgegenbringt, bezeichnet werden, daß die heimischen Staatspapiere trotz der ersten Lage im Kurse kaum gewichen sind. Anders verhält es sich mit den Papieren — Aktien — aus unserer Industrie. Bei der Bedeutung, die gerade sie für die Spekulation einnehmen — ich erinnere nur an die Währungsaktien — ist es kein Wunder, daß sie erheblichen Schwankungen unterworfen waren, die schließlich mit einer Abschwächung enden mußten. Der Kursstand der Aktien aus der Metall- und Maschinenindustrie stellte sich am letzten September auf 198,79, am letzten Oktober auf 186,43 Prozent. Die momentane Lage des Geldmarktes bietet manche Schwierigkeiten — zwar besteht keine eigentliche Gefahr, doch wirkt der hohe Zinssfuß, der in absehbarer Zeit noch weiter steigen wird, allenthalben sehr unangenehm.

Bekanntlich führt Deutschland von Schweden einen großen Teil seines Erzbedarfes ein. Um sich von schwedischen Lieferanten unabhängig zu machen, haben einige große deutsche Werke (auch österreichische) sich selbst Erzgruben in Schweden zugelegt oder mit Erfolg einen Einfluß auf solche zu gewinnen versucht. Den Deutschen sollen auf diese Weise 800 000 Tonnen Erze zur Verfügung stehen. In Schweden wird diese Zahl viel höher angegeben; es wäre sonst nicht denkbar, daß in weiten Preisen die Beschaffung aufkam, die mittelmäßigen Hüttenwerke könnten in absehbarer Zeit unter Erz mangel zu leiden haben. Wenn bei dem Erzreichtum Schwedens daran so bald auch nicht zu denken ist, verdienen diese Beschaffungen doch die Beachtung Deutschlands, denn sie finden ihren Niederschlag in dem Bestreben, die Erz- ausfuhr Schwedens durch gesetzliche Vorschriften zu beschränken. Einseitigen allerdings sind wir durch den letzten Handelsvertrag vor diesem äußersten Ereignis geschützt.

Der Roheisenmarkt liegt bei uns andauernd sehr fest. Die Nachfrage ist so stark, daß sie kaum im ganzen Umfang befriedigt werden kann. Durch den jedes Jahr um diese Zeit auftretenden Wagenmangel werden nicht nur die Kohlenzechen, die — eine Folge davon — teilweise feierlich stehen einlegen müssen, sondern auch die Hochofenwerke empfindlich geschädigt. Die Roheisengewinnung hat im Oktober in Deutschland eine Höhe erreicht, wie noch nie zuvor: sie betrug 1,6 Mill. Tonnen gegen 1,5 Mill. im Vormonat. Die Zunahme erstreckt sich auf alle Arten von Roheisen, besonders auf Thomasroheisen, Gießereiroheisen, Stahl- und Spiegel-eisen, Bessmer- und Buddelroheisen. Gegen den Oktober 1911 ist die Produktionsziffer um 19 Prozent höher. An dem vorzüglichen Stand des Roheisenmarktes trägt das Ausland einen wesentlichen Anteil, da es sehr stark als Käufer auftritt. Für jede Hochkonjunktur ist die günstige Lage des Rohstoffmarktes charakteristisch — was für das Roheisen gilt, gilt auch für das Halbzeug. Die Nachfrage nach diesem ist ganz außerordentlich stark, so daß die Stahlwerke nicht allen Anforderungen gerecht werden können. Eine Preiserhöhung für das erste Vierteljahr 1912 ist noch nicht eingetreten, doch zweifelt man kaum, daß die nächste Sitzung des Stahlwerkverbandes am 21. eine solche bringen werde — man rechnet mit einem Aufschlag von 2,50—5,00 Mark pro Tonne. Nach der Köln-Vollstg. hat die im August ds. Jrs. stattgehabte Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien die einzelnen Vereinsgruppen aufgefordert, für die Eisengießereien die Preise zu erhöhen. Die Hannoverische Eis- und Stahlgroßhandlung hat nunmehr einen 5prozentigen Aufschlag aller Eisengütern eintreten lassen mit sofortiger Wirkung.

Der Stabeisenmarkt liegt sehr günstig. Zwar ist hier und da eine Preisabschwächung zu bemerken, doch mißt man ihr nicht viel Bedeutung zu. Eine eigentümliche Erscheinung ergab sich bei der Submission der Kölner Eisenbahnindustrie auf Lieferung von Produkten. — Die Stabeisenhändler boten durchweg die Ware zu billigeren Preisen an, als die Werke Phönix, Krupp, Deutscher Kaiser und Rheinische Stahlwerke. Ob das auf eine Verabredung der konkurrierenden Firmen — wohl der wahrscheinliche Fall — oder auf die frühere gute Eindeckung der Händlerfirmen, was aber nicht wohl anzunehmen ist, zurückzuführen werden muß, lasse ich dahin gestellt. Das gleiche Bild zeigte sich auch bei der Vergebung von Grobblechen. Die Beschäftigung in Grob- und Feinblechen ist sehr lebhaft. In ersteren sind die Werke teilweise bis tief 1913 stark engagiert. Besonders stark ist vom In- und Ausland die Nachfrage nach Schiffblechen. Auch vom Drahtmarkt ist nur günstiges zu berichten. Die gute Beschäftigung in Wadbraht hält an, in gezogenen Drähten und Drahtstäben ist die Nachfrage ebenfalls sehr stark, doch wird über ungenügende Preise geklagt. In diesem Zusammenhang dürfte das Ergebnis der Verhandlungen...

chen Drahtindustrie Hamam interessieren. Wie erinnerlich hat dieses Unternehmen mit der Firma Krupp eine Interessengemeinschaft geschlossen. Für beide Teile scheint diese höchst vorteilhaft gewesen zu sein — denn Krupp ist in der Lage, die Dividenden von 10 auf 12 Prozent zu erhöhen. Nach dem Interessengemeinschaftsvertrag, der zwischen der Westfälischen Drahtindustrie und Krupp besteht, erhöht sich die Dividende der ersteren um je 1/2 Prozent für jedes Prozent Kruppischer Dividende über 7 Prozent, in diesem Falle also um 2 1/2 Prozent. Im letzten Jahre verteilte die Drahtindustrie 7 Prozent, für dieses Jahr gilt der gleiche Satz, so dem aber noch die 2 1/2 Prozent von Krupp kommen, so daß die Dividende tatsächlich 9 1/2 Prozent betragen. Wie erinnerlich wurde die Interessengemeinschaft von Krupp seiner Zeit mit dem offensichtlichsten Zweck eingegangen, einen festen Abnehmer für sein Halbzeug zu erhalten. In einem Spezialfall hat sich hier die alte Erfahrung, daß kombinierte Werke sich besser rentieren — in erster Linie aus technischen Gründen, wieder bewährt. Damit möchte ich aber keineswegs sagen, die Fusion die alleinige Ursache der möglichen Dividenden-erhöhung Krupps war — die allgemeine günstige Konjunktur war sicherlich zum mindesten von gerade so großer Bedeutung.

Der Röhrenmarkt war bisher, was die Beschäftigung angeht, sehr gut — auch die Preise konnten sich unter dem Einfluß der bestehenden, allerdings nur sehr losen Preisvereinigung etwas haben. Wie sehr die einzelnen Werke unter den alten, niedrigen Preisen zu leiden haben, zeigt deutlich der Abschluß der Wittener Stahlröhrenwerke, die in diesem Jahre mit den Mannesmannröhrenwerken eine Interessengemeinschaft geschlossen hatten. Das Aktienkapital der Wittener Stahlröhrenwerke betrug bisher 3 1/2 Mill. Mark vom 1. Juli an wurde es um 2 Mill. erhöht. Der Gewinnerfolg war bisher außerordentlich günstig; in den Geschäftsjahren 1906/07 bis 1908/09 wurden bei einem Aktienkapital von 2,4 Mill. Mark 25 Prozent Dividende verteilt. Sei es, daß diese Dividende zu hoch erschien, sei es, daß Erweiterungen vorgenommen wurden, 1909 wurde das Aktienkapital um 1,1 Mill. Mark erhöht. Der Reingewinn veränderte sich in diesem Jahre um 47 000 Mark — hauptsächlich infolge des vermehrten Aktienkapitals fiel die Dividende auf 16 Prozent. Einen ganz gewaltigen Rückschlag brachte das Jahr 1910/11. Statt eines Reingewinnes von 608 153 Mark wie im Vorjahre blieb ein solcher nur von 220 125 Mark — die Dividende sank infolgedessen auf 6 Prozent — und auch diese wäre nicht erreicht worden, wenn man nicht 100 000 Mark aus dem Spezialreservofonds für die Dividende verteilt hätte — ein Vorgehen, das sich aus der beabsichtigten Aktienanzahl — denn deren Kurs steigt entsprechend dem Gewinn — erklärte. Das laufende Geschäftsjahr 1911/12 schloß nun mit einem Verlust von 3 593 Mark ab, bei allerdings außerordentlich hohen Abschreibungen, die mehr als das Doppelte vom Vorjahr betragen. Bei einem Gewinnvortrag von 17 787 M. Das ungünstige Ergebnis ist zum großen Teil die Folge der Lage unseres Röhrenmarktes, der durch die starke Konkurrenz der Werke unter sich — teilweise durch Kampfpreise gekennzeichnet wird. Der um 30 % vermehrte Umsatz vermochte nicht den Mißerfolg aufzuhalten. Für das neue Geschäftsjahr sind die Ausichten günstiger.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken teilt mit, daß die Lage ihrer Industrie befriedigend sei. Während des ganzen Jahres herrschte sehr gute Beschäftigung. Einer besonderen Vermehrung erfreute sich die Ausfuhr — bis September d. Js. betrug sie 55 258 Tonnen gegen 44 659 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Klage wird nur über die ungenügenden Preise der in Russland verkauften Maschinen geführt. Eine beachtenswerte Schenkung ist nur vom Maschinenbau zu melden. Die Fabriken, die Großgasmaschinen herstellen, verpflichteten sich, für alle Erzeugnisse von 200 Pferdekraften und darüber hinaus Mindestverkaufspreise und einheitliche Lieferungs- und Zahlungsbedingungen einzuhalten. Näheres über diese Convention — insbesondere die Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt geworden. Die Elektrizitätsindustrie erfreut sich in Deutschland der besten Bedingungen; der Jahresbericht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der in der nächsten Rundschau hier besprochen werden soll, gibt davon das beste Zeugnis.

Vom Ausland kommen aus unserer Industrie günstige Nachrichten. England hat eine Hochkonjunktur, die der von 1907 gleichkommt. Obgleich der Kohlenstreit auf die Roheisenindustrie ungünstig eingewirkt hat — der durch ihn verursachte Produktionsausfall soll ca. 1 Mill. Tonnen betragen haben — dürfte die diesjährige Erzeugung nicht viel hinter der des Jahres 1907 zurückbleiben. Der Grund dieses Ergebnisses ist in erster Linie in den günstigen Exportverhältnissen zu suchen. Auch alle Zweige der Fertigungsindustrie erfreuen sich einer selten günstigen Lage. Die Belgische Eisenindustrie wird durch den Balkankrieg ziemlich hart getroffen, da die Ausfuhr nicht nur nach der Türkei, sondern auch der nach Ägypten, Kleinasien und sogar Indien stockt. Doch ist das unbedenklich, da die heimische Industrie Nähe hat, den Inlandmarkt zu versorgen — insbesondere herrscht Knappheit an Halbzeug. — Die Einfuhr aus dem Hauptausfuhrland, Deutschland, ist erheblich zurückgegangen, das Gleiche gilt von der belgischen Ausfuhr nach England. Das Halbzeug steigt fast ständig im Preise. In Stabeisen und Blechen ist einige Ruhe eingetreten, die hauptsächlich auf die Balkanwirren zurückzuführen werden muß. Die Preise sind infolgedessen zum Stillstand gekommen. Auch aus Amerika lauten die Nachrichten sehr günstig, der Stahlmarkt ist voll beschäftigt.

Das Bild, das unsere Industrie in den verschiedenen Ländern bietet, ist ein einheitlich günstiges. Die ganze Volkswirtschaft erhält dadurch ihr charakteristisches Gepräge. Wie in keiner Industrie zeigt sich der Wert und die Bedeutung des „Nationalen“ in der Metallindustrie. Gerade hier mußten aber auch deshalb alle internationalen und bezahlten antinationalen Bestrebungen der Sozialdemokratie doppelt schädlich wirken. — Im Interessensere Arbeiterkampf und der gesamten Volkswirtschaft läßt sich das national nicht wegstreichen. Wo infolgedessen der Platz eines wirklich „zielbewußten“ Metallarbeiters ist, ergibt sich von selbst.

### Die Landtagsverhandlungen über die bayerischen Hüttenwerke.

II. Aus den Darlegungen des Abg. Bühler sind folgende Stellen besonders erwähnenswert: Wie steht es auf unseren Hütten- und Salzwerken? Auf einzelnen Hüttenwerken bleiben die Durchschnittslöhne noch hinter denen von Verbach und sogar hinter denen von Weihenberg zurück. So bewegten sich...

die Durchschnittslöhne auf Bodenmais in den letzten 5 Jahren... zwischen 3 Mk. und 3,50 Mk. Noch schlimmer steht es in Bergschneegebieten, wo sie sich durchweg unter 3 Mk. hielten.

Wie angeführt dieser Bittern der Herr Minister im Ausschuss behaupten konnte, die Löhne hätten mit der fortschreitenden Teuerung gleichen Schritt gehalten, ist uns ein Rätsel; denn daß die Preise der notwendigen Lebensmittel in ihrer Mehrzahl in den letzten fünf Jahren stiegen, vielfach sogar bedeutend, braucht wohl im einzelnen hier nicht aufgemacht zu werden.

Was die Ausschüttung der Löhne anbelangt, so dürfte nicht etwa die monatliche Ausschüttung, sondern die gleichzeitige Durchführung des vierteljährigen Zahlens das Richtige sein. Langfristige Ausschüttungstermine lehnen wir grundsätzlich ab, wie wir auch das Vorbehaltssystem prinzipiell verwerfen.

Zunächst sei festgestellt, daß die Arbeiter neben ihren Beiträgen zur Knappschaftskasse größtenteils auch die Opfer für die genannten Einrichtungen selbst aufbringen müssen. Allmählich merken die Leute, daß ihnen das zu stark an den Geldbeutel gehe.

Unsere Arbeiter verkehren untereinander beileibe nicht im Salon, also auch diese verstehen eine kräftige Sprache; bei ihnen darf der Borgehete zu gegebener Zeit schon einmal mit einem heftigen Donnerwetter dreinschlagen.

Mag. Stecks nahm u. a. zu folgenden Ausführungen das Wort: M. H.! Wenn ich zu den Arbeiterfragen Stellung nehme, so will ich das nicht bloß in meinem Namen tun, sondern auch im Namen verschiedener meiner Parteifreunde, besonders der Kollegen Lerno, Göring, Höp, Steininger, Scharnagl und Dr. Einhauser, die wegen der bekannnten Kontingenterung in diesem Hause nicht selbst persönlich zu Worte kommen können.

Im Ausschuss spielte die Arbeiterfrage eine große Rolle und im Rahmen derselben vor allem die Lohnfrage. Ohne auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Arbeiterstandes hinsichtlich seiner Fruchtbarkeit näher einzugehen, gehe ich gleich in medias res und möchte konstatieren, daß die Lohnanhebung, die nach den Erklärungen der Staatsregierung seit dem Jahre 1908 durchschnittlich 27 Prozent, speziell für die Bergarbeiter seit dem Jahre 1906 13 Prozent betragen haben soll, rüchrichtlich der teureren Lebensmittelverhältnisse und im Hinblick auf die steigenden Wohnungsmieten eine geringfügige genannt werden muß.

„daß innerhalb der Frist vom Jahre 1905 mit 1910 die Verhaltung an reinen Lohnverhältnissen unter Ausschaltung der Summe, die für Bezahlung der Löhne der vermehrten Belegschaft notwendig war, den Betrag von vierzehnhundert Millionen Mark ihren Arbeitern zugeführt hätte.“

so bedarf nach den jetzigen Erklärungen des Herrn Finanzministers diese Summe auf Grund der wirklichen Ausgaben nach dem tatsächlichen Anfall eine gewaltige Korrektur. Im Jahre 1904 wurden 3 582 949 Mk., im Jahre 1910 6 744 181 Mk. an Betriebslöhnen verausgabt. Die Mehrausgaben betragen deshalb nicht vierzehnhundert Millionen, sondern bloß 3 161 232 Mk. Herr von Rudolph hatte also die Güte, 1,4 Millionen mehr anzunehmen. Es war von Anfang an sehr fraglich, ob diese 3,16 Millionen nur Lohnanhebungen bedeuten. Wenn man die einzelnen Stadi der Bergwerke in den letzten Jahren durchgeht, findet man immer wieder die Erklärung bei den einzelnen Stadipositionen, daß der veranschlagte Mehrbedarf nicht bloß seinen Grund in den bewilligten Lohnverhältnissen, sondern auch in der erhöhten Förderung, Vermehrung der Belegschaft, im erhöhten Bedarf für Gehälter des nichtetatmäßigen Betriebspersonals.

Der Herr Finanzminister hatte die Güte, im Finanzausschuss die Korrektur dieser Summe vorzunehmen und heute bringen wir aus dem Munde des Herrn Referenten, daß die

eigentliche Lohnverhöhung nur etwa einhundert Millionen ausmacht. Ich möchte dem Herrn Finanzminister hier den Dank für seine Erklärung aussprechen und möchte sagen, a la bonheur, daß der Herr Finanzminister die Güte hatte, auch einer solchen hochgestellten Person gegenüber, wie es Herr Generaldirektor von Rudolph war, uns einmal klaren Wein einzuschütten.

Über schon öfter wurde konstatiert, daß diese Durchschnittslöhne kein klares Bild geben. Wir müssen deshalb die tatsächlichen Löhne in Rechnung setzen. Ich will nur ein einziges Beispiel vorführen, das wirklich auf Wahrheit beruht. In Bodenmais hat ein Arbeiter im Bergbau mit 20 Jahren Dienstadt und einer sehrköpfigen Familie vom 1. Januar bis 31. Juli dieses Jahres 507 Mk. verdient, pro Tag also 2,38 Mk. Wie kann ein Familienvater, der elf Köpfe zu ernähren hat, mit einer solchen Lohnsumme auskommen? Dieses Beispiel ist nicht erfunden; ich kann sogar den Namen des betreffenden Arbeiters nennen, wenn es verlangt wird.

Es würde bei der Kürze der uns noch gegebenen Zeit zu weit führen, das Sinken der Löhne an der Hand der amtlichen Lohnbücher und Lohnzettel zu zeigen. Rechnen wir noch die Ueberstunden und Ueberstunden ab, die im ganzen für das Jahr 1910 50 716 oder pro Arbeiter 11,3 Ueberstunden ausmachen, dann würden die tatsächlichen Durchschnittslöhne gewiß noch erheblich geringer ausfallen. Wenn man ferner in Betracht zieht — das darf auch hier wieder konstatiert werden —, daß diese Ueberstunden und Ueberstunden nicht von allen Arbeitern, sondern bloß von einem Teil derselben gemacht werden, daß bei Bezahlung der Ueberstunden vielfach auch einseitig und partiell vorgegangen wird, dann wird man zugeben müssen, daß nur ein kleiner Teil der Belegschaft eine Lohnsteigerung erfährt. Rechnen wir ferner ab die Beiträge zu den verschiedenen Kassen, zur Knappschaftskasse, zur Invaliden- und Krankenversicherung, zur Unterstützungskasse, für die Mühlkasse usw. — diese Ausgaben betragen jährlich 80 bis 100 Mk. —, dann werden wir bald ein richtiges Bild von den wahren Löhnen erhalten und es wird jeder zugestehen müssen, daß die Löhne unseren modernen Zeitverhältnissen nicht mehr vollständig harmonisch angepaßt sind.

Es ist nun erzieulich, daß im Finanzausschuss bereits darauf hingewiesen wurde, daß eine Lohnanhebung für alle Staatsarbeiter vorgezogen sei, und es freut mich, daß der Herr Finanzminister konstatierte, daß auch die Salinen-, Berg- und Hüttenarbeiter nicht leer ausgehen sollen. Freilich hätten wir eine größere Lohnverhöhung, statt um 20 Pfg. um 30 Pfg. gewünscht, und zwar von einem früheren Termin an, nicht erst am 1. Januar 1913; allein, wir würden voll und ganz den Hinweis des Herrn Finanzministers auf die missliche finanzielle Lage der Berg- und Hüttenwerke.

Wenn der Herr Finanzminister im Ausschuss meinte, daß er wohl den Arbeitern jede Aufbesserung gerne gönne, daß er aber die Grenze in der Notwendigkeit gegeben finde, die Betriebe rentabel zu machen, so muß ich demgegenüber sagen, daß auch die Privatindustrie ganz auf dem nämlichen Standpunkt steht, daß aber bei der Privatindustrie ein größeres Aufsteigen der Löhne zu verzeichnen ist und trotzdem die Privatindustrie floriert. Die Privatindustrie hat die nämlichen Steuerlichen und sozialen Abgaben und Lasten zu tragen; demnach ist kein Rentabilitätsrückgang zu verzeichnen. Die Ursachen, die bei unseren staatlichen Betrieben einen Rückgang herbeiführen, wurden bereits erörtert, ich schweige mich darüber aus.

Es ist ein ganz besonderer Wunsch der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, daß so bald als möglich das Lohnsystem nach den Beschlüssen des ehemaligen zehnten Ausschusses geregelt werden soll. Es wurde bereits in den letzten Sitzungen des Finanzausschusses angeregt und auch einstweilen beschlossen, daß in der nächsten Session die Lohnfrage nach diesen Beschlüssen des zehnten Ausschusses durch Einstellung der nötigen Mittel vollständig gelöst werden soll. Wenn dies geschieht, möchte ich ganz besonders wünschen, daß an aller vordringlichsten die Schicht- und Grundlohnfrage geregelt wird; denn nach dem Schichtlohn berechnet sich der Akkordlohn.

Ein zweiter Wunsch, der berechtigt ist, geht dahin, daß die Lohnverrückungen nicht mehr von fünf zu fünf, sondern von drei zu drei Jahren stattfinden, damit der Höchstlohn schon nach 15 bis 18 Jahren erreicht werden kann. Was die Eisenbahn- und Metallverwaltung durchgehört hat, sollte auch der Königl. Bergwerksverwaltung möglich sein. Die Lohnsteigerung selbst sollte nicht bloß 5 oder 10 Pfg. betragen, sondern wenigstens 15 bis 20 Pfg.

Etwas Eigenartiges ist es mit den Lohnverrückungen in Amberg. Die Lohnverrückungen finden immer am 1. Jan. und 1. Juli statt. Wenn nun ein Bergarbeiter, sagen wir, im Februar 1908 im Bergbau eingetreten ist, würde er also an und für sich am 1. Februar 1913 in die nächste Lohnklasse und Lohnstufe vorrücken. Dies ist aber nicht der Fall. Er muß warten bis 1. Juli 1913. Diese Zwischenzeit oder Wartezit, besser ausgedrückt, beträgt also ist bloß 5, sondern fast 5 1/2 Monate für ein Halbjahr. Wenn die Staatsregierung daran geht, die Beschlüsse des zehnten Ausschusses durchzuführen, dann möchte ich bitten, daß auch hier ein anderer Vorrückungsmodus geschaffen werde, vielleicht in der Art, daß nicht alle Halbjahre diese Vorrückung stattfindet, sondern alle Monate oder wenigstens alle zwei Monate.

Ein trauriges Kapitel ist die nachträgliche Kürzung des ausbedungenen Akkordlohnes. Am Hochofen in Amberg wurden einer Kolonne, welche die Ausladung von Kohlen, Koks, Erz, Eisen und Schlackenland besorgt, im Mai 16 Mark abgezogen; erst als sich die Arbeiter dagegen wehrten, wurde der Abzug zurückvergütet. In Weihenhammer wurde für Röhren durch den Arbeiterausschuss und die Verleitung der Preis von 42 Pfg. festgesetzt. Eine Zeitlang wurde der Akkordpreis eingehalten; dann kam aber eine Veränderung in dem Beamtenpersonal vor und es wurde willkürlich der Preis auf 37 Pfg. heruntergesetzt. Ich habe die Auffassung, daß an einem einmal festgesetzten Gehalt unter keinen Umständen mehr etwas geändert werden soll. Verdient einmal ein Arbeiter zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort bedeutend mehr, als die Bergwerksleitung und die Verwaltung angenommen haben, so dürfte der Arbeiter einsehen, daß er bei dem letzten Gehalt bedeutend mehr verdient hat, dann wird er zufrieden sein, auch wenn er bei der nächsten Akkordstellung vielleicht weniger erhält. Aber unter den Akkord den Verdienst kürzen, halte ich wirklich für ungerecht und eine solche Maßnahme erregt gewaltige Erbitterung bei den Leuten. Wenn aber der Arbeiter nicht auf den festgesetzten Akkordlohn kommt, dann sollte diesem Arbeiter wenigstens der Schichtlohn garan-

tiert sein — garantiert, sage ich und lege auf dieses Wort den Nachdruck.

Bei Fehlpaß, bei ganz unverschuldet eingetretenem Mißlingen der Arbeit sollte wenigstens dem Arbeiter der Grund- oder Schichtlohn garantiert sein.

Die Eisenbahner am Hüttenwerk Amberg beklagen sich, daß sie täglich zwei Stunden über Schicht arbeiten müssen, ohne daß sie dafür die Entschädigung und Vergütung erhalten, die in der Arbeitsordnung vorgelesen ist. Ich möchte dies dem Herrn Finanzminister unterbreiten.

Noch eine andere Bitte haben die Staatsarbeiter. Sie haben den berechtigten Wunsch geäußert, daß allgemein in der Arbeitsordnung festgesetzt werden soll, daß die Lohnzettel und Lohnbücher für die Zukunft nicht mehr abgeliefert zu werden brauchen. Das ist ganz gewiß zweckdienlich, besonders hinsichtlich der Steuerangelegenheiten.

Ebenso halte ich das Ersuchen der Forner im Amberger Werk für begründet, daß sie Entschädigung erhalten sollten, wenn sie für längere Zeit auf das flüssige Eisen vom Hochofen warten müssen.

In Bodenmais wird auch darüber geklagt, daß bei Neueinstellung von Arbeitern die fremden Arbeiter, die besonders von Preußen herkommen, den Vorzug erhalten vor den Söhnen der einheimischen, bodenständigen, ansässigen, bereits im staatlichen Betrieb längere Zeit beschäftigten Väter. Nehliches ist auch in Bodenmais, der Fall, wo die Kobbeutschen in der Gießerei, in der Schlosserei, auch in der Emailhütte in der Hauptrolle spielen und sogar 5 bis 6 Mark verdienen sollen, während die Einheimischen mit 2,50 bis 3 Mark abgepeist werden. Ich kann dies nicht näher untersuchen; aber dieser Hinweis dürfte genügen, damit vielleicht doch dieser sogenannten „Vorliebe für die Fremden“ einigemmaßen gesteuert wird.

Wenn wir die Schichtdauer und Arbeitszeit in den einzelnen staatlichen Betrieben näher betrachten, so herrscht hier eine gewaltige Verschiedenheit. Ueber Tag beträgt die Schichtdauer zwischen 10 und 12 Stunden, die Arbeitszeit zwischen 6 1/2 und 9 1/2 Stunden. Am Hochofen in Amberg werden zwei Schichten jahraus, jahrein mit 12 Stunden Schichtdauer und zehnstündiger Arbeitszeit gemacht. Diese Arbeiter sind wohl am schlimmsten daran. In den Salinen bewegt sich die Schichtdauer zwischen 9 und 12 Stunden, die Arbeitszeit zwischen 7 und 9 1/2 Stunden. Am besten sind die Arbeiter in Peißenberg daran; denn im Sommer ist die achtstündige Schicht mit 6 1/2 stündiger Arbeitszeit; im Winter die 8 1/2 stündige Schicht mit siebenstündiger Arbeitszeit eingeführt. Ungeachtet dieser Verschiedenheit wäre es wünschenswert, wenn auch die Schichtdauer und Arbeitszeit auf allen Betrieben, wenn auch nicht gleichheitlich, so doch einigermaßen einheitlicher geregelt würde. Genau wie die Schichtlohnordnung für alle Werke geregelt ist und neu geregelt werden soll, so sollte man es auch in den einzelnen Werken nicht den Werkbeamten überlassen, die Arbeitszeit festzusetzen. In dieser Beziehung wäre es auch gut, wenn man die Arbeiterausschüsse hören würde. Wenn die Arbeitervertreter die Länge der Arbeitszeit beanstanden, dann bekommen sie von den Werkvertretern vielfach die Antwort: „Regeln tut nicht Ihr, regeln tut das Werk die Arbeitszeit!“ Ich meine als eine quantitate neglecta sollte man die Arbeitervertreter und Arbeiterausschüsse auch nicht betrachten. In Amberg ist bereits ein guter Anfang gemacht worden, was sehr begrüßenswert ist. Es ist, wie bereits heute betont wurde, anstelle der neunehnstündigen Schicht die neunstündige Schicht mit einer reinen Arbeitszeit von acht Stunden getreten; eine halbe Stunde wird berechnet für Brotzeit, eine halbe Stunde für Ein- und Ausfahrt inklusive des Gebets. Bisher geht die Bergwerksverwaltung noch einen Schritt weiter und kommt zuletzt doch noch auf die achtstündige Arbeitszeit für alle Betriebe.

Es ist allerdings vorzuziehen, daß das nicht so rasch der Fall sein wird. Deshalb hegen die Arbeiter den bringensten Wunsch dahin, daß wenigstens an Samstagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen die Früh-, Mittags- und Abend-schicht um zwei Stunden gekürzt werden möchte. Dies ist in Münden und in allen bahrischen Städten, in denen andere Berufs-kategorien Tarifverträge abgeschlossen haben, schon jahrelang eingeführt. Hier sollte der Staat nicht hinter den Privat-werken zurückstehen.

In manchen Betrieben, besonders in Amberg und Boden-währ, wird darüber geklagt, daß von manchen Arbeitern über-haupt keine richtige Arbeitszeit eingehalten wird. Sie kommen einfach, wann sie mögen, un- gegen diese Unordnung schreitet die Werkföhrung in den meisten Fällen gar nicht ein. So nehmen in Bodenwähr manche Akkordarbeiter schon früh 4 Uhr die Arbeit auf, obwohl erst um 6 Uhr Arbeitsbe-ginn ist. Diese Leute verdienen natürlich dementsprechend mehr im Akkord; dadurch werden aber wieder die Normallohne herun-tergedrückt. Hier sollte auch Wandel geschaffen werden. Neben-lisch ist es auch in einigen anderen Werken zu verzeichnen. Ich will bloß darauf hinweisen.

Bezüglich der Ueberstunden geben uns die Nachweisungen ebenfalls Aufschluß. Auch diese sind im Allgemeinen, will ich sagen, gestiegen. In den vier Kohlenbergwerken haben sie abgenommen, was recht zu begrüßen ist. Obwohl mehr Ar-beiter dort beschäftigt waren, zählen wir dort 1112 Ueber-schichten im Jahre 1910 weniger als im Jahre 1909. In den Hüttenwerken dagegen wurden 2271 Ueber-schichten mehr verfahren, als 1909, wenn auch hier bemerkt werden muß, daß in den beiden letzten Betriebskategorien mehr Ar-beiter beschäftigt worden sind. (Schluß folgt.)

### Aus der Arbeiterbewegung. Zum Streit um die päpstliche Enzyklika.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewer-schaften hat am Mittwoch den 13. November eine Sitzung ab-halten, um Stellung zu nehmen zu der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Lage. Es wurde beschlossen, auf Don-nerstag, den 21. November, eine Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes einzuberufen. In wenigen Tagen wird der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften zu der schwebenden Frage der Mitglieder und der breitesten Öffentlichkeit dar-gelegt werden. Für unsere Kollegen liegt hinsichtlich der päpst-lichen Enzyklika keinerlei Grund zur Beunruhigung vor. Wenn die ganze gegenwärtige und die uns weniger freund-lich gezeichnete Presse die päpstliche Enzyklika gegen unsere christ-lichen Gewerkschaftsbewegung auszusprechen sucht, so sollen wir uns dadurch in unseren Bestrebungen nicht beirren lassen. Wie das stets der Fall war, so können die Kollegen auch in dieser Sache voll und ganz ihren Führern vertrauen. Die beste

Antwort auf diese Verwirrungsversuche unserer offenen Gegner und auf die Flaumereien in solchen Organen, die uns nicht gerne sehen, ist die, daß wir jetzt mit verdoppeltem Eifer an die Aufklärungs- und Werbearbeit für unsere Sache herangehen.

**Nützige Arbeit führt zum Erfolge.**

In der vorigen Nummer haben wir berichtet, daß die Ortsgruppe Duisburg-Daar glänzende Erfolge bei der Hausagitation erzielt hat. Die Nachbarzahlstelle Duisburg-Meiderich hat am Sonntag, den 10. November ebenfalls die Hausagitation eingeleitet. Das Resultat war so überraschend gut, daß wir es nicht unterlassen wollen, unserer gesamten Kollegenchaft davon Mitteilung zu machen. 15 Kollegen haben an einem Nachmittage 34 neue Mitglieder gewonnen! Dieser Erfolg beweist aufs neue, daß die Hausagitation die billigste und erfolgreichste Agitationsmethode ist. In der Duisburger Ortsverwaltung haben sich am 10. November insgesamt 45 Kollegen an der Hausagitation beteiligt. Diese haben 53 Renaufnahmen erzielt. Das Resultat wäre noch bedeutend günstiger gewesen, wenn in allen Ortsgruppen Hausagitation betrieben worden und wenn die Beteiligung überall groß genug gewesen wäre. In einigen Ortsgruppen, besonders aber in Hochfeld haben sich zu wenig Kollegen beteiligt.

Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich überall recht viele Kollegen in den Dienst der Sache stellen. Die Duisburger Kollegen dürfen in ihrer Werbearbeit nicht erlahmen. Die Erfolge der letzten Zeit beweisen, daß noch hunderte und tausende Indifferenter zu gewinnen sind, wenn sie nur — aufgesucht werden. Die Stärkung unseres Verbandes ist auch die beste Antwort auf die Verneinungen unserer Bewegung in den letzten Monaten. Deshalb mit Mut und Ausdauer an die Werbearbeit.

**Kellame und Leistungen**

stehen bei „Sib Berlin“ seit jeher in einem auffallenden Mißverhältnis zueinander. Trotz der wunderbaren Theorien will's in der Praxis mit den „beruflichen Fachabteilungen“ in letzter Zeit noch weniger „buttern“ wie früher. Nichts Arbeiter vermag man allenfalls auch heute noch für die Fachabteilungsibee samt Haushaltungsibee zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse u. zu gewinnen — aber Arbeiter, die die Mängel des sozialwirtschaftlichen Systems vom Sib Berlin an eigenen Leibe verspüren, sind dafür nicht dauernd in größerer Zahl zu erwärmen. Die sind der Meinung, daß alles Mundspitzen zwecklos ist, wenn nicht auch gepuffen werden soll. Der „Arbeiter“, das Berliner Organ, tut sein möglichstes, der mangelnden Werbekraft der Berliner Ideen durch eine „großzügige“ Kellame nachzuhelfen; trotzdem will's noch immer nicht klappen, wie die nachstehend gegenübergestellten Auslassungen des Berliner Organs beweisen:

**„Anbreitung des Berliner Systems im „Arbeiter“ Nr. 46-1912.“**

„Die katholische Organisation hat bislang, wie eine reiche Erfahrung gelehrt hat, allen berechtigten Wünschen und Ansprüchen der Arbeiter in vollem Maße, ja, in mancher Beziehung besser, als die gemäßigten, die kirchlich-dunkleren oder die sozialdemokratischen Organisationen, selbst da genügen können, wo die Katholiken nicht nur in der Mehrheit, sondern in ausgesprochener Minderheit sich befinden.“

**„Bankrotterklärung des Berliner Systems im „Arbeiter“ Nr. 44-1912.“**

„Es bedarf wohl keines Hinweises darauf, daß dieser Mangel an Pflichtbewußtsein (gemeint ist die fehlende Mitarbeit in den Fachabteilungen. D. Red.) unserer katholischen Arbeitervereine zum größten Schaden gereicht. Sie gewinnen nicht an Ansehen, weil sie keinen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses gewinnen können. Viele katholische Arbeiter, die den Drang zur Berufsorganisation in sich fühlen, wenden sich anderen Gewerkschaften zu, weil sie sehen, daß der katholische Arbeiterverein nicht die Aufgaben eines solchen erfüllt.“

Es ist offenkundig, daß die hier zitierte Bankrotterklärung des Berliner Systems aus der Nr. 44 des „Arbeiter“ den Nagel auf den Kopf trifft. „Weil sie, die Berliner Fachabteilungen nämlich, „keinen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses gewinnen können,“ wenden die katholischen Arbeiter „sich anderen Gewerkschaften zu.“ Das ist für uns nichts neues; ersteres haben wir schon immer gesagt und letzteres ist nur die natürliche Folgeerscheinung. In der Nr. 26 laufenden Jahrgangs wiesen wir schon einmal darauf hin, wie unzulänglich das Berliner System für eine ernsthafte Arbeiterinteressenvertretung ist. Das Berliner Fachabteilungsorgan hatte damals seinen Lesern an Hand des revidierten Statuts des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dessen ausgeprägten Kampfcharakter nachgewiesen. Die Metallindustriellen, so hieß es da, bekämpfen aufs schärfste „die Forderung auf Abschluß von Tarifverträgen.“ Sib Berlin hingegen erhebt und erstrebt mit seiner ganzen Verbämtheit den Abschluß von solchen Tarifverträgen. Wer aber nun glaubt, Sib Berlin hätte die katholischen Mitglieder dieses interprofessionellen Industriellenverbandes auf das Unmoralische dieses „ausgeprägten Kampfcharakters“ hingewiesen, besand sich im Irrtum. Im Anschluß an die Notiz machte das Fachabteilungsorgan nur die lakonische Bemerkung:

„Das ist eine klare Zusammenstellung von Grundrissen, die auch dem Gleichgültigen zu denken gibt.“

Das nennt der „Arbeiter“ dann, wenn er sein System anpreist, „allen berechtigten Wünschen und Ansprüchen der Arbeiter in vollem Umfange genügen!“ Uebrigens gibt uns auch die amtliche Statistik einigen Anhalt wie es in Wirklichkeit mit den „praktischen“ Erfolgen der Berliner aussieht. Während die christlichen Gewerkschaften am 1. Januar 1911 an 680 Tarifverträgen beteiligt waren, hatte es Sib Berlin mit aller Mühe und vorwiegend auf den Rücken der von ihm so verpönten „Streik“gewerkschaften erst auf ganze 26 gebracht, die zum größten Teil auf das Baugewerbe entfallen. — Kein Wunder also, wenn selbst die „Gleichgültigen“ unter den katholischen Arbeitern es nicht mehr allein beim „Denken“ nach Berliner Anleitung bewenden lassen wollen, sondern sich anderen Gewerkschaften zuwenden, wo sie konsequentes Handeln sehen.

**Wie die Genossen in Sachsen unsere Bewegung bekämpfen**

Die Sozialdemokraten treiben durch ihren strapuzelosen Terrorismus den Schachmachern soviel Wasser auf ihre Röhren, daß ihnen selber manchmal angst und bange wird. Andererseits gehen die sächsischen Gewerkschaftssozialisten mit denselben Unternehmern Arm in Arm, wo sie sich davon eine Förderung und

Unterstützung ihrer „freien“ Verbände versprechen. Die immer häufiger auftretenden Manopolverträge beweisen das. In Sachsen, dem roten Königreich, wo rund die Hälfte aller gewerblichen Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist, bestehen für die Arbeiter in bezug auf Lohn, Arbeitszeit, rechtliche Stellung usw. bekanntlich mit die unzulänglichsten Verhältnisse. Von Zeit zu Zeit müssen die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Aufmerksamkeit von diesen traurigen Zuständen ablenken. Den Blickleiter bilden dann in der Regel die christlichen Gewerkschaften. Es ist verständlich, wenn sich in Sachsen die Arbeiter jetzt immer zahlreicher den christlichen Gewerkschaften anschließen, um praktische Standesarbeit zu leisten.

Nachdem der in Dresden abgehaltene christliche Gewerkschaftskongreß diese Entwidlung noch begünstigt hat, möchte die sozialistische Presse unsere Bewegung in Sachsen von vorn herein in Mißkredit bringen. Fast gleichlautende Artikel mit dieser Tendenz finden wir in einer Reihe sozialistischer Gewerkschaftsorgane. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften überschreibt diesen Artikel in Nr. 42: „Mit Hilfe der Arbeitgeber“. Danach habe eine christliche Gewerkschaftsversammlung in Bautzen durch eine Resolution zum Eintritt in gelbe Vereine aufgefordert und weil in einer von Leitern konfessioneller und militärischer Vereine einberufenen Versammlung der christliche Gewerkschaftssekretär Boigt-Dresden ein Referat übernommen hätte, sei „festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur Hand in Hand mit der Kirche, sondern auch mit den Unternehmern gehen!“

Um solche Verdächtigungen recht zu verstehen, muß daran erinnert werden, daß die sächsischen Genossen sich selbst noch den „besten Kenner der christlichen Gewerkschaften“, wie sie ihn selbst nannten, Dr. Erdmann-Röhl, kommen ließen, um in Bautzen und anderen Orten den christlichen Gewerkschaften das Recht auszublasen. Das Gegenteil ist eingetreten. Fast täglich treten im Bautzener Meibier christliche Arbeiter aus den sozialistischen Verbänden aus und in die christlichen Gewerkschaften ein. Die sozialdemokratische Bautzener Schauerstraße bildet übrigens schon vor 18 Wochen wiederholt den Gegenstand von Versprechungen und Versammlungen und Zeitungsartikeln.

Wenn jetzt die sozialdemokratische Presse, ja selbst das „führende“ Organ der „freien“ Gewerkschaften den allen Kohl wiederlaut, so kommt es damit reichlich post festum und die Sache bleibt doch was sie ist: Roter Schwindel aus Bautzen.

**Der 2. Verbandstag des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands.**

Der christliche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband hielt in den Tagen vom 27.—29. Oktober seinen 2. Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl um 100 Prozent vermehrt hat, sie liegt nämlich von 1573 im Jahre 1910 auf 3037. Die Zahl der Ortsgruppen wuchs von 32 auf 52. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in der Berichtszeit einschließlich des Kassenbestandes vom letzten Verbandstage 74 420,93 Mark, die Ausgaben 62 947,56 Mark. Der Hauptkassenbestand beträgt 11 473,37 Mark, einschließlich des Kassenbestandes 16 838,32 Mark. Besonders bemerkenswert sind die Erfolge des Verbandes in der Berichtszeit. Es wurden insgesamt 33 Tarifverträge neu abgeschlossen oder erneuert, wodurch die Mitglieder 125 000 Mark an Lohnerhöhungen und 21 580 Stunden Arbeitszeitverkürzung erheblich erzielen. Für 875 Mitglieder wurden Ferien von 2 bis zu 10 Tagen pro Jahr erreicht. Hinzu kommen noch ansehnliche Verbesserungen in Bezug auf § 616 B.-G.-B.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahmen die Anträge ein. Das Beitragswesen wurde neu geregelt und das Unterstützungswesen ausgebaut. Bemerkenswert ist, daß für Handwerkerlehrlinge eine 10 Pfennig-Beitragsklasse eingeführt wurde und daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren fortan ohne Aufnahmegebühr aufgenommen werden. Ein Zeichen, daß der Verband sich der Wichtigkeit der Jugendgewinnung bewußt ist. — Sodann wurde eine 70- und 80-Pfg.-Beitragsklasse neu eingeführt und die 30 Pfg.-Klasse für männliche Mitglieder beseitigt, sodaß fortan erwachsene männliche Arbeiter nicht mehr unter 40 Pfg. Wochenbeitrag aufgenommen werden können.

Bezüglich der Unterstützungen sind eine Reihe von Änderungen und Verbesserungen erzielt worden. So wurde die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung und die Beihilfe zur Aussteuer von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt. Eine Militärunterstützung wurde neu eingeführt. Das Sterbegeld wurde wesentlich erhöht. Referate erstatten: Kollege Loubwin, über den inneren und äußeren Ausbau des Verbandes, Kollege Balkusch-Röhl, über die gewerkschaftliche Jugendbewegung und der Zentralvorstehende Kollege Schmitz über Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. Zum Zentralvorsitzenden des Verbandes wurde Kollege Schmitz einstimmig wiedergewählt.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Gesamtausperrung in der Mendener Metallindustrie.**

Wie wir bereits mitgeteilt, sind in Mendon seit voriger Woche rund 1400 Metallarbeiter ausgesperrt. Da der Arbeitgeberverband mit dieser Maßnahme den beabsichtigten Zweck, die bedingungslose Unterwerfung der bei der Firma Schmölde u. Co., um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter nicht erreicht hat, kündigt er in einem am Freitag, den 15. ds. Mts. herausgegebenen, Flugblatt eine weitere Verschärfung des Kampfes an, indem jetzt die Gesamtausperrung sämtlicher Metallarbeiter von Mendon und Umgebung, rund 14000, verfügt wird. — In dem Flugblatte des Arbeitgeberverbandes wird weiter behauptet, die Firma Schmölde u. Co. habe die Verhandlungen nicht abgelehnt; sie habe im Gegenteil in mehrfachen Ansprüchen den streikenden Arbeitern die Antwort auf die Forderung mitgeteilt und dabei eine durchaus entgegenkommende Haltung gezeigt — allerdings vorher verlangt, daß die Sperre aufgehoben werde.

Tatsache ist demgegenüber, daß die Firma noch heute jede Verhandlung mit einer von den Arbeitern gewählten Kommission ablehnt und nur mit einer Kommission verhandeln will, die sie — die Firma nämlich — selbst ausgesucht hat. Die vom Arbeitgeberverbandsflugblatt behaupteten, „mehrfachen Ansprüchen“ existieren nur insoweit, als Herr Schmölde bei Vorstelligerwerden der Arbeiter fast alles allein sagte

und den Arbeitern nicht einmal gestattet wurde, ihre Wünsche und Forderungen vorzutragen, geschweige darüber zu verhandeln. Die durchaus „entgegenkommende Haltung“ der Firma Schmölde, von der das Flugblatt des Arbeitgeberverbandes redet, besteht einzig allein darin, daß den Arbeitern mehr oder weniger verblümt gesagt wurde: fangt erst einmal wieder an zu arbeiten, dann wollen wir prüfen, ob sich etwas machen läßt. Das wirklich eine sehr rege Phantasie dazu gehört, etwas derartiges eine „durchaus entgegenkommende Haltung“ zu nennen, wird jeder zugeben müssen.

In dem angeführten Flugblatt wird angegeben, an der Versammlung des Arbeitgeberverbandes, in der die Gesamtausperrung beschlossen wurde, hätten auch die Vertreter des Verbandes der Fabrikanten-Vereine für den Regierungsbezirk Arnberg und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände teilgenommen, und dem Arbeitgeberverband ihren Schutz zugesichert. Das ist zum mindesten sehr sonderbar. Sowohl bei der großen Ausperrung in Hagen-Schwelm wie auch bei der letzten Werstarbeiterausperrung ist vor dem Verhängen der Ausperrung nicht nur mit den beteiligten Arbeitern sondern auch mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen offiziell verhandelt worden. Wir stellen fest, daß in Mendon weder die beteiligten Arbeiter, noch der allein in Betracht kommende christliche Metallarbeiterverband ebensowenig vom Verband der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnberg wie von der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände gehört worden sind und daß deswegen beiden Verbänden der schwere Vorwurf gemacht werden muß, daß sie einer so schweren Maßnahme, wie der Ausperrung von 4000 Metallarbeitern, auf Grund völlig einseitiger und, wie oben nachgewiesen, unrichtiger Information zugestimmt haben.

Dieses rigorose und ungerechtfertigte Vorgehen der Arbeitgeberverbände ist jedenfalls eine ernste Mahnung an alle Metallarbeiter, mit ganzer Kraft an der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Verlaß, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

**Bekum.** Wegen Differenzen in der Cementindustrie ist der Zuzug von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in EVELING ist für Britanlamarenarbeiter gesperrt.

**Dr.-Glabbach.** Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenwerke, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

**Wachen.** Bei der Firma Paulus, Pauschlofferer und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

**Düffeldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen bei der Firma Gebr. Jnden, Fittingsfabrik die Schmiede, Zwickeläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser im Streik.

**Dortmund-Annen.** Ueber die Stahlgießerei des Annener Fußstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Zuzug gewarnt.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Morikgasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Pauschlofferer, Klempner usw. werden deshalb eruchtet, den Arbeitgebernachweis zu meiden.

**Wachen u. Kofelscheid.** Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

**Menden.** Bei der Firma Schmölde & Co. stehen sämtliche Kollegen im Streik. Ca. 1400 Arbeiter sind ausgesperrt und die Gesamtausperrung angedroht.

**Düren-Birkfeld.** In der Dürener Metallwarenfabrik Kufferath & Co. stehen die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik.

**Osnabrück.** Die Former der Firma Brück, Kretschel & Co. stehen im Streik. — Die Drahtzieher des Kupfers- und Drahtwerkes Osnabrück stehen in Kündigung.

**Magdeburg.** Bei der Firma F. Mundlos & Co., Nähmaschinenfabrik stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

**Gebelsberg.** Bei der Firma „Westfalia“ stehen die Arbeiter wegen Herabsetzung der Akkordpreise im Streik.

**Stolberg.** Ueber die Betriebe der Firma Prym in Stolberg ist die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

**Düffeldorf.** Der Streik bei der Firma Woeste & Co. ist beendet.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. November der achtundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. November fällig.

**München.** Das Mitgliedsbuch Nr. 105 685, ausgefüllt auf den Namen Lorenz Mayer B., Schlosser, eingetretten am 6. Februar 1909 zu Laufen, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Bruchsal.** Wenn unsere Zahlstelle im Verbandsorgan kein Lebenszeichen mehr von sich gab, so lag das daran, daß die in Frage kommenden Kollegen die Hinte uns Korn geworfen. Ein Teil ging aus Interesselosigkeit — ein anderer aus unheimlicher Menschenfurcht. Nun aber soll's wieder wachwärts gehen! Einige jüngere Kollegen haben sich unserer wichtigen und unermüßlich für Bruchsal doch so dringend nötigen Sache ange-

nommen. Die mit allem Eifer aufgenommene Agitation brachte uns auch schon wieder annehmbare Erfolge.

In wirtschaftlicher Hinsicht muß hier noch manches besser werden. Das zeigen die Kollegen mit aller Deutlichkeit die Vorgänge der letzten Zeit. Einige auswärtige Kollegen haben dieshalb schon nach ganz kurzer Zeit wieder den Staub der Firma Schnabel und Feunig Walat gesagt. So kann ein gegangenener Kollege aus der Metallwerkstatt erzählen von dem provokatorischen Vorgehen des Vorarbeiters R. (über ob er inzwischen schon „Meister“ geworden ist?). Jedenfalls legt der Mann Wert darauf, oben als „gut sehender Besen“ angesehen zu werden. Fragte der Kollege diesen Vorgesetzten um dies oder das, bekam er eine grobe Antwort und schließlich sollte er sich noch „Murks“ schimpfen lassen, weil ein Stück Arbeit nicht durch seine Schuld, sondern durch die fehlerhafte Fräsarbeit nicht recht gestimmt hat. Weil der Kollege daraufhin offen seine Meinung sagte, bekam er die Kündigung und zum Abschied noch ein höhnisch sein sollendes „Grinsen“.

Solche Vorkommnisse sollten aber nun doch endlich den in noch großer Zahl vorhandenen unorganisierten Mitarbeitern die Augen öffnen und ihnen den Weg in den christlichen Metallarbeiterverband zeigen. Niemand wird schließlich schlechter behandelt, als er sich gefallen läßt. Wenn die Bruchsaler Kollegen im christlichen Metallarbeiterverband vereinigt, einmütig und geschlossen für anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten, dann werden auch sie Erfolg haben. Solange sie aber noch dem Verbanne aus dem Wege gehen, ihn als etwas Fremdes betrachten, etwas, was nur Geld kostet und nichts einbringt, solange schädigen sie sich selbst, solange werden sie in Punkt Lohn und Behandlung alles widerstandslos hinnehmen müssen, was man ihnen bietet. Darum, Kollegen, beachtet das Wort:

Reicht ist die schwache Kraft des Einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!

Köln. Der Erfolg der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit im Köln-Mülheimer Industriegebiet, trat so recht in die Erscheinung bei der Generalversammlung am 3. November im Polonia-Haus. Mit Freuden wurde auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber begrüßt. Die Generalversammlung beglückwünschte ihn zu seiner rattsgebundenen Silberhochzeit und drückte die Hoffnung aus, daß unser behäufelter Vorsitzender noch viele Jahre an der Spitze des Verbandes stehen möge.

Aus dem Bericht unseres Bezirksleiters Kollege Schmitz ist zu entnehmen, daß die Bewegung im hiesigen Gebiet schöne Vorteile für die Kollegen gezeitigt habe. In 50 Betrieben mit 15453 Arbeitern ist die Arbeitszeit von 1/4 bis 6 Stunden die Woche verkürzt worden. Demnach beträgt nunmehr die Arbeitszeit in 17 Betrieben mit 1226 Arbeitern 5 1/2 Stunden die Woche, in 10 Betrieben mit 4330 Arbeitern 5 1/4 Stunden die Woche, und in 23 Betrieben mit 9847 Arbeitern 5 1/2 Stunden die Woche.

Table with 4 columns: Betriebe mit, Arbeiter, % Stunden pro Woche, in. Rows show data for 2, 3, 10, 9, 15, 5, 4, 1, 1 Betriebe.

Dazu kommt noch, daß in allen Betrieben der Lohnausgleich gewährt wurde, und dadurch die Kollegen ihren alten Verdienst erzielen. An Ueberstundenzuflügen werden für die ersten drei Ueberstunden 12 Bfg., von der vierten Stunde ab 15 Bfg. gezahlt und für Sonntagsarbeit 20 Bfg. In 30 Betrieben sind die Zuschläge für Ueberstunden und in 34 Betrieben ist die Freitagslöhnerung neu eingeführt. Im allgemeinen ist die Bewegung ohne größere Kämpfe durchgeführt worden nur in 8 Betrieben wurde gestreikt, auch dort nur einige Tage; der längste Streik hat 14 Tage gedauert.

Die Verwaltungsstelle ist im 3. Quartal gut vorwärtsgekommen. Dies zeigt sich am besten in den Einnahmen; annähernd 5000 Marken wurden im 3. Quartal mehr verkauft als im vorhergehenden. Gegenüber dem 2. Quartal wurden im 3. Quartal für die Hauptkasse 3681,30 M. mehr vereinnahmt. Die Lokalkasse konnte ebenfalls um 1957,42 M. gehäuft werden, sodaß ein Lokalkassenbestand von 9110,34 M. vorhanden ist. An Reueinnahmen waren 800 zu verzeichnen. Dieser Bericht zeigt, daß die Verwaltungsstelle im 3. Quartal gut vorwärts kommen ist. Wir dürfen aber nicht erlahmen, sondern müssen unentwegt weiter arbeiten an dem Ausbau unserer Verwaltungsstelle.

Der Verbandsvorsitzende, Kollege Wieber, verbreitete sich in längeren und sehr interessanten Ausführungen über die Erfolge der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und unseres Verbandes insbesondere. Bei dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes sei auch der Arbeiterstand vorwärts gekommen. Heute könne der deutsche Arbeiter, dank der Tätigkeit der Organisation, jedem seiner Arbeitsväter aus dem Ausland an die Seite gestellt werden. Hieran habe die christliche Gewerkschaftsbewegung tatkräftig mitgearbeitet. Die Bedeutung unserer Organisationen habe sich in den letzten Wochen ganz besonders gezeigt. Freund und Feind hat sich mit den christlichen Gewerkschaften befaßt, als ob es anders gar nichts gäbe. Es habe sich auch hierbei die wahre Arbeiterfreundschaft der Sozialdemokratie gezeigt. Der verbissene Scharfmacher würde nicht so bekämpft von dieser Seite, als die christlichen Arbeitsbrüder, eben nur, weil sie auf christlichem Standpunkt stehen. Dies soll und muß uns ein Ansporn sein, weiter für unsere gerechte Sache zu wirken.

Mögen unsere Gegner so viel schimpfen, wie sie wollen, wir werden im Interesse der Arbeiterschaft auf dem einmal beschrittenen Wege weiter gehen. Die christlichen Gewerkschaften haben in der Öffentlichkeit einen viel größeren Einfluß, als die Sozialdemokratie mit ihren dreieinhalb Millionen Stimmgeldern. Diesen Einfluß haben sie nicht deshalb, weil man sie als Sturmbed gegen die Sozialdemokratie gebrauchen will, sondern weil sie Kulturarbeit leisten und unbedingt notwendig sind.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Schmitz, worin derselbe darauf hinwies, daß nunmehr die Verwaltungsstelle Köln die stärkste im ganzen Verband sei und diesen Platz aber auch behalten müsse, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Duisburg. (Formet.) Die Augsburg-Nürnberg-Maschinenfabrik (Wt. Duisburg-Banheim) ist noch nicht fertig eingerichtet, und schon sehen wir uns genötigt, die Praktiken der Betriebsleitung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Und zwar

betrifft das die Gießerei. Die Betriebsleitung hat Formet aus allen Himmelsrichtungen mit dem Versprechen hierher gelockt: „Bei uns werden Sie schönes Geld verdienen.“ Was aber der Herr Betriebsleiter unter Schönes-Geld-Verdienen versteht, ist uns ein Rätsel. Er hat nämlich ein Kolonnenfahren eingeführt. Der Kolonnenführer bekommt den horrenden Stundenlohn von 59 Mfa. Die übrigen der Kolonne zugeordneten Formet erhalten 51, 50 bis herab zu 45 Mfa. Die Abrechnung erfolgt vierteljährig. Doch gibt's jede Woche Geld. Das heißt, ist die Kolonne in einer Woche nicht zum Guß gekommen, dann erhalten die Formet den vom Meister festgesetzten Stundenlohn als Abschlag, so daß selbst ältere und verheiratete Formet mit 25 Mfa. Abschlag nach Hause gehen mußten. Der verdiente Akord aber wird nicht zu gleichen Teilen unter die in einer Kolonne arbeitenden Formet verteilt, sondern prozentual auf den Stundenlohn verrechnet. Der Kolonnenführer mit 59 Mfa. Stundenlohn erhält somit einen bedeutend höheren Prozentsatz vom verdienten Akord als sein an demselben Stück arbeitender Kollege, der vielleicht nur 50 Mfa. Stundenlohn bekommt. Erst also erhält der Kolonnenführer 80 Bfg. pro Tag mehr an Abschlag, und nachher erhält er auch noch einen bedeutend größeren Anteil vom Akord, obgleich innerhalb der einzelnen Kolonnen die Formet dieselbe Arbeit leisten müssen.

Man haßt, durch dieses System eine sichere Rekrutierung heranzubilden zu können, auf die man sich bei allen etwa eintretenden Eventualitäten verlassen kann. Nebenbei sieht sich in den Betriebskammern, daß sich die Verhältnisse verrechnet hat. Auch die hier jetzt mit dem höchsten Stundenlohn bedachten Formet (Kolonnenführer) lehnen das System ab, weil sie einsehen, daß man dadurch die Einigkeit der Arbeiter untereinander will, man also auf die Dummheit der Arbeiter hinführt. Eine von den Arbeitern gewählte Kommission, hat nun dem Betriebsleiter die Wünsche der Arbeiter mitgeteilt, und zwar: 1. Jedem Formet mindestens 42 Mark wöchentlich Abschlag zu zahlen. 2. Den verdienten Akord zu gleichen Teilen unter die in einer Kolonne arbeitenden Formet zu verteilen. Der Betriebsleiter hat es aber für richtig befunden, diese Forderungen rundweg abzulehnen. In einer am 12. ds. Mts. stattgefundenen Betriebsversammlung haben die Arbeiter erneut beschlossen, das System das man in Duisburg in keinem Betrieb kennt, abzulehnen, und den Kampf dagegen aufzunehmen. Wir danken durch diese Zeilen der Arbeiterschaft geeizt zu haben, daß die Gießerei der Augsburg-Nürnberg-Maschinenfabrik kein Eldorado für Formet ist. Einige Kollegen haben schon wiederum gekündigt. Die andern bezeichnen es heute schon als eine von ihnen begangene Dummheit, der Augsburg-Nürnbergergewerkschaft ins Garn gelaufen zu sein. Auch hat in einer anderen Abteilung der Elektroingenieur einen Arbeiter mit Schlägen bedroht. Mit seinem „Schlagen“ aber wird der Herr, Meßmer ist sein Name, in Duisburg wenig Erfolg haben.

Allen Arbeitern des neuen Betriebes muß zugerufen werden: Schließt die Reihen, haltet die bis jetzt bewiesene Einigkeit hoch, und führt die noch Fernstehenden der Organisation zu. Dann heißt die Betriebsleitung auf Granit.

Magdeburg. Am 3. November fand hier selbst die Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Magdeburg, statt. Die hiesige sozialdemokratische „Vollstimme“ brachte über die Tagung einen langen Bericht, aus welchem uns folgender Satz am meisten interessiert.

„Der Bevollmächtigte Brandes ersucht sodann um genaue Mitteilung solcher Fälle, wo bei der Arbeitsvermittlung oder in den Betrieben mit gelben Vereinen schändlich gegen organisierte Arbeiter vorgegangen wird.“

Sollten denn die Gelben schon so mächtig geworden sein, daß sie dem roten Bruder lästig werden? Zeit wäre es wirklich, daß er seine Leute mal dahin befehrt, daß sie auch christliche Arbeiter nicht terrorisieren dürfen; Ursache dazu ist genug vorhanden.

Soziales

Mit dem 1. Oktober ist die neu geschaffene Arbeitslosenunterstützung der Stadt Stuttgart in Kraft getreten. Unser Verband ist als Berufsverein zum Anschluß zugelassen. Für unsere Mitglieder ist es deshalb wichtig, die nachstehend wiedergegebenen wichtigsten Bestimmungen der städtischen Arbeitslosenunterstützung kennen zu lernen. Den Berufsvereinen obliegt die Pflicht, für möglichste Verminderung der Arbeitslosigkeit tätig zu sein und ihre Mitglieder zu genauer Beachtung der Satzungen anzuhalten.

Voraussetzung der Zuschußgewährung an einen Arbeitslosen ist unveränderte Arbeitslosigkeit und einjähriges ununterbrochenes Wohnen in Stuttgart bei Eintritt der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist nicht als unverändert anzusehen, wenn sie durch das eigene Verhalten der Arbeitslosen, eigene Kündigung ohne triftigen Grund, Arbeitsunfähigkeit, Ausstand, Ausberrung oder deren Folgen herbeigeführt ist, oder wenn der Ausstand oder die Ausberrung erst nach erfolgter Arbeitslosigkeit eintritt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorstand des Arbeitsamtes. Wenn das einjährige Wohnen in Stuttgart infolge kürzerer Abwesenheit oder Erfüllung der Heerespflicht nicht als unterbrochen zu betrachten ist, bleibt der Entscheidung des Vorstandes des Arbeitsamtes überlassen.

Der Arbeitslose hat sich am ersten Werktag nach eingetretener Arbeitslosigkeit unter Vorlage einer von seinem Berufsverein abgestempelten Arbeitslosenkontrollkarte und Erteilung der gewünschten Auskünfte bei dem Arbeitsamt einzutragen zu lassen. Nach Prüfung der Verhältnisse stellt ihm das Arbeitsamt eine Arbeitslosenkarte aus. Von da an hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal zu dem vom Arbeitsamt festgesetzten Zeit dort zu melden und seine Arbeitslosenkarte vorzulegen. Wenn der Berufsverein für die Arbeitslosenunterstützung eine Wartezeit eingeführt hat, so gilt diese auch für den städtischen Zuschuß. Die Wartezeit beginnt mit der ersten Eintragung beim Arbeitsamt zu laufen. Als Wartezeit wird für die Zuschußleistung werden jedoch nur solche Tage berechnet, an denen sich der Arbeitslose gemeldet hat.

Der Zuschuß endet, sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Als angemessen gilt für gelehrte Arbeiter in der Regel nur Arbeit im Beruf. Nicht angemessen ist Arbeit unter dem ortsüblichen Lohn und solche Arbeit, welche durch Ausstand oder Ausberrung freigeworden ist. Auswärtige Arbeit muß

von Lebigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie in Stuttgart dadurch nicht beeinträchtigt wird. (Anmerkung: Der in einem Beruf übliche Lohn gilt als ortsüblicher Lohn; wo Tariflöhne in einem Gewerbe sind, gelten diese. Bezüglich der Zuteilung von auswärtiger Arbeit an Lebige ist eine lokale Berücksichtigung in Frage kommender Verhältnisse zugelegt.)

Der Zuschuß erbitigt ferner mit dem Aufhören der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins.

Für jeden Arbeitslosen, bei dem die Voraussetzungen der Zahlung zutreffen, zahlt die Stadt an seinen Berufsverein einen Zuschuß von täglich 50 Prozent der Arbeitslosenunterstützung, welche der Arbeitslose von seinem Berufsverein bezieht, höchstens jedoch 1 Mark. Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Prozent der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, höchstens jedoch um 25 Prozent. Der Gesamtbetrag des täglichen Zuschusses darf in diesem Fall 1,50 Mfa. nicht übersteigen. — Die Berufsvereine zahlen ihren Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vorstufweise aus.

Wer die Zuschüsse unberücksichtigt zu erlangen sucht, wird vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung von der Arbeitslosenunterstützung auf Zeit oder dauernd ausgeschlossen. Sind hiesigen Vertreter des Berufsvereins schuldhafterweise beteiligt, so kann die Zulassung des Berufsvereins auf Zeit oder dauernd zurückgenommen werden, falls der Berufsverein den Angestellten nicht alsbald entläßt. — Der Ausschluß und die Zurücknahme erfolgt durch das Schiedsgericht.

Unterstützungsberechtigt sind also: Mitglieder unseres Verbandes, wenn sie bei Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr in Stuttgart wohnen; unterschuldet arbeitslos werden und vom Verband Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Der Anspruch auf Unterstützung wird geltend gemacht dadurch, daß der Arbeitslose sich persönlich am ersten Tage der Arbeitslosigkeit unter Vorlage des Mitgliedsbuches auf dem Verbandsbüro eine Arbeitslosenkontrollkarte holt und mit dieser die erforderliche Anmeldung auf dem städtischen Arbeitsamt vollzieht. Tägliche Meldung und Eintragung der Meldung der Arbeitslosenkarte durch das Arbeitsamt. Ist dem Arbeitslosen das Lösen einer Arbeitslosenkontrollkarte auf dem Verbandsbüro nicht möglich, so muß er sich für den Tag auf dem Arbeitsamt vorsetzen lassen und andern Tags seine Karte holen und nachstempeln lassen.

Keinen Anspruch auf den städtischen Zuschuß hat: Wer im Verband nicht unterstützungsberechtigt ist; wer noch kein Jahr in Stuttgart wohnt und wer die Arbeitslosigkeit selbst herbeiführt.

Verammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Verkümt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Freitag, den 15. November.

Samstag, den 23. November.

- List of meetings: Berlin, Abends 8.30 Uhr in Schul-Bestände am Adlgraben 14a. Coblenz, Abends 8.30 Uhr bei Stein. Dortmund, Abends 9 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Zosterfleischstraße. Düsseldorf-Mattingen, Abends 9 Uhr bei Kürten, Bechmerstraße. Essen-Warbeck (Kleingewerbe), Abends 8.30 Uhr bei Wöllhoff, Germaniaplatz. Offen-Former und Gießereiarbeiter, Abends 8.30 Uhr bei Wint, Wollendorferstraße 299. Osnabrück-Wehringhausen, Vorm. 11 Uhr bei F. Simon, Langestraße, Halle a. S., Abends 8.30 Uhr in der Büfenshale, W.-Berlitz. Wichtige L.-D. Jeder Kollege bringe einen Inorganisierten mit. Rostbrunne, Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten. Mühlheim-Rhein-Stadt, Abends 8.30 Uhr bei Reihol, Regentenstr. Neiberg, Abends 8.30 Uhr bei Reimhaus, Wilhelmstraße 30. Welbert, Abends 8.30 Uhr bei Festinger, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 24. November.

- List of meetings: Berlin-Oberischneumede, Abends 7 Uhr bei Meisch. Coblenz-Neuendorf, Vorm. 11 Uhr Versammlung. Dorsten, Vorm. 11 Uhr bei Hüter. Osnabrück, Nachm. 4 Uhr bei Gasertamp, Gartstränderstraße. Buchholz, Nachm. 5 Uhr bei Kupperz, Düsseldorfstraße. Osnabrück, Nachm. 5 Uhr bei Gasertamp, Ecke Kammer- und Blumenstraße. Düsseldorf-Oberbill, Vorm. 11 Uhr bei Wlages, Ellerstraße 188. Düsseldorf-Verwaltungsstelle, Vorm. 11 Uhr im Paulushaus dringend wichtige Versammlung der Jugendlichen. Erscheinen aller jugendlichen Kollegen ist Pflicht. Gelsenkirchen-Neustadt, Vorm. 11 Uhr im Ruhrtal-Restaurant. Gelsenkirchen-Schulte, Vorm. 11 Uhr bei Wegener. Gladbeck, Nachm. 4 Uhr bei Nordpot (christl. Gewerkschaftshaus). Gasse, Nachm. 5 Uhr mit Frauen im kath. Vereinshaus. Herdecke, Vorm. 11 Uhr bei S. Wien, Hauptstraße. Köln-Chrenfeld, Vorm. 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße. Mühlheim-Dänntwald, Nachm. 4 Uhr bei Müller, Oberbakerstraße. Neunkirchen, Abends 9 Uhr im „Stern“ bei Schleppe. Oberhausen (Ablb.), Nachm. 4 Uhr bei Kemmerling. — Jeden Donnerstag Abend von 8-10 Uhr Unterrichtskursus bei Müsch, früher Volepant. Voulheim, Vorm. 11 Uhr bei Kämmling. Erosdorf, Abends 7.30 Uhr bei Weh. Gohn in Erosdorf. Elm, Nachm. 3.30 Uhr mit Frauen im „Gerrenkeller“. Waffersalgen, Nachm. 3 Uhr im „Röhle“ bei Kollege S. Beutel. Wetter, Vorm. 11 Uhr im evangelischen Vereinshaus.

Mittwoch, den 27. November.

- List of meetings: Bremen, Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dührenstraße 1. Eilenach, Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof. Gumburg, Abends 8.30 Uhr bei Dunschön, Talstraße 97. Stuttgart-Ludwigsburg, Abends 6 Uhr bei Weinmann.

Sonntag, den 1. Dezember.

- List of meetings: Altenhausen, Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhaus, Voelkerstraße 1. Bellingham, Versammlung im „Hr.“. Bedum, Vorm. 10 Uhr bei C. B. Schulle, am Markt. Berlin-Jugendliche, Nachm. 3 Uhr im „Deutsches Gärtnerheim“, Stralauerstraße 53. Dausig, Nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus. Sandorn, Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlieb am Neumarkt. Karlsruhe, Vorm. 10 Uhr Vorstands- u. Brvm.-Sitzung mit Abrechnung im Palmgarten. Köln-Kalk, Vorm. 11 Uhr bei Hüntgesberg, Brennerstraße 14. Köln-Lingst, Vorm. 11 Uhr bei Dier, Ofhemerstraße. Köln-Voll, Vorm. 11 Uhr bei Fahender, Hauptstraße 28. Lindenweide, Vorm. 11 Uhr bei C. Diemer, Wilhelmstraße. Schalkswähe, Nachm. 5 Uhr bei W. Wedder, Sülzerstraße. Schwelm, Vorm. 11 Uhr bei Biele, Bahnhofstraße. Trier, Vorm. 11 Uhr bei Ströben, an der Reerlasferne.

Adressen: Tuttlingen. Der Vorliegende Kollege Valentin Endres wohnt jetzt Waghausstraße 12. Unterstützungen werden dortselbst mittags von 12.30-1 Uhr und abends von 7-8 Uhr ausgezahlt. Günstig für Anfänger! In Kleinstadt Weßfalen - im Umkreise von 10 000 Einw. 1 Klemper - ist Familienverhältnisse halber sofort oder 1. Jan. 1913 kompl. Einrichtung für Klempner und Installateur zu übernehmen. Gute feste Kundchaft vorhanden und ist Kauf bereit. Respektant bei dieser einzufragen. Offerten unter „Klempnerei“ an die Exp. dieser Zeitung.